



## Protokoll

**16. Sitzung des Gemeinderates**  
**Montag, 26. September 2011, 18:00 Uhr,**  
**Gemeinderatssaal**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Ersatzwahlen für die restliche Amtsdauer 2010/2014  
Ersatzwahl für die austretende Regula Trüb in die Kommission KBK  
Ersatzwahl Präsidium KBK  
Ersatzwahl für den austretenden Daniel Hunziker in die Kommission  
KÖS
- 4 Antrag der Primarschulpflege betreffend Abrechnung  
Investitionskredit zur flächendeckenden Einführung von  
Tagesstrukturen an der Primarschule Uster auf das Schuljahr  
2008/2009  
(Antrag Nr. 79/2011)
- 5 Postulat Nr. 520 des Ratsmitgliedes Peter Grob betreffend  
Erneuerbare Energien  
(Antrag Nr. 520/2011)
- 6 Postulat Nr. 523 des Ratsmitgliedes Petra Bättig-Frey betreffend  
Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Betreuung im  
Vorschulalter
- 7 Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat Nr. 511 der  
Ratsmitglieder Simone Michel, Thomas Wüthrich und Markus Bürki  
betreffend Optimierung Veloparkplätze am Bahnhof

- 8 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport - Strandbad  
Varianten zur Beckenaufhebung/-sanierung  
Ergänzung zum Antrag Nr. 357 vom 8. Dezember 2009 im Auftrag  
des Gemeinderates  
(Antrag Nr. 74A/2011)
- 9 Antrag des Stadtrates betreffend Sportzentrum Buchholz  
Kunstrasenfeld ausserhalb Fussball- und Leichtathletikstadion  
Genehmigung der Bauabrechnung  
(Antrag Nr. 80/2011)
- 10 Antrag des Stadtrates betreffend Betreutes Wohnen  
Heime der Stadt Uster - Krankenhaus (Pflegezentrum) Im Grund,  
Sanierung/Umbau sowie Erstellen eines Spitexzentrums  
Genehmigung der Bauabrechnung  
(Antrag Nr. 81/2011)
- 11 Antrag des Stadtrates betreffend Einzelinitiative Urs Tschanz  
"Trafostation Zeughausareal"  
(Antrag Nr. 94/2011)
- 12 Antrag des Stadtrates betreffend Tempo 30-Zonen  
(Antrag Nr. 95/2011)

**Präsenz**

Vorsitz	Cla Famos, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Rolf Denzler
Unentschuldigt	
Verspätet	Regula Trüeb (ab Trakt. 8) Thomas Wüthrich (ab Trakt. 3) Simone Michel (ab Trakt. 6)
Presse	Christian Brütsch, AvU

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

**Änderung der Traktandenliste / Tagesordnung**

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## 1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe, insbesondere den Brief der Sekundarstufe und des Stadtrates an Nänikon-Greifensee.

Der Vorsitzende hält einen Rückblick auf den Ratsausflug vom vergangenen Samstag. Es war ein gemütlicher Tag mit einem vielfältigen Programm, der auch sehr anregend für uns Politiker gewesen ist. Der AvU hat in seiner heutigen Ausgabe einen durch Werner Frei verfassten Bericht publiziert.

## 2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 15. Sitzung des Gemeinderates vom 5. September 2011 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

Außerdem ist das Protokoll der 14. Sitzung des Gemeinderates vom 27. Juni 2011 ist ebenfalls rechtzeitig aufgelegt. Die Beanstandung von Balthasar Thalmann wurde seitens der Geschäftsleitung behandelt und nicht übernommen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

### Balthasar Thalmann

#### *Stellungnahme zur Nicht-Änderung des Protokolls*

*Herr Präsident,*

*geschätzte Anwesende*

*Ich bin irritiert über den Entscheid der Geschäftsleitung. Jetzt bleibt also im Protokoll ein Beschluss anders formuliert, als er publiziert wurde. Die Publikation war korrekt und rechtlich verbindlich.*

*Ich bin der Ansicht, dass wenn der Ratspräsident ein Beschlussesdispositiv ändern möchte, er einen Änderungsantrag wie jedes andere Ratsmitglied stellen muss. Darüber ist eine Abstimmung durchzuführen. Anzunehmen, der Rat stimme formlos einer Dispositivänderung zu, wie dies der Präsident offenbar gemacht hat, ist meines Erachtens wenn nicht unzulässig so doch nicht redlich. Schwierig ist die Sache auch deshalb, weil so in der Kommission und im Rat über unterschiedliche Dispositivs debattiert wird. Das schafft Verwirrung.*

*Die Sache sähe anders aus, wenn es sich bei der strittigen Frage um eine Frage des Verfahrens wie z.B. über die Ausmehrung von Anträgen handelt. Da hat der Ratspräsident gewisse Freiheiten.*

*Nach dem Entscheid der GL müssen wir wohl oder übel mit einem komischen Protokoll leben – deswegen geht die Welt nicht unter aber es trägt wahrscheinlich auch nicht viel zum Jahrescredo „Suchet der Stadt Bestes“ bei.*

*Besten Dank.*

**Cla Famos** erläutert für die Anwesenden, was es mit dieser Beanstandung auf sich hat, nämlich um einen Bericht, der vom Gemeinderat zur „Kenntnis genommen“ werden sollte und die Frage, ob dieser „zustimmend“ oder „ablehnend“ zur Kenntnis genommen wird.

Da Simone Michel (noch) nicht anwesend ist, wird zum Ersatzstimmzähler Thomas Wüthrich gewählt.

### **3 Ersatzwahlen für die restliche Amtsdauer 2010/2014**

#### **Ersatzwahl für die austretende Regula Trüb in die KBK**

Da der Präsident der IFK, Rolf Denzler, heute abwesend ist, teilt der Vorsitzende den Vorschlag der IFK mit. Diese schlägt als Mitglied der KBK Lucia Thaler (SP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 Stimmen**

**Zum Mitglied der KBK wird Lucia Thaler (SP) gewählt.**

#### **Ersatzwahl Präsidium KBK für die austretende Regula Trüb in die KBK**

**Cla Famos:** Die IFK schlägt als Präsidentin der KBK Claudia Wyssen (SP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 Stimmen**

**Zur Präsidentin der KBK wird Claudia Wyssen (SP) gewählt.**

#### **Ersatzwahl für den austretenden Daniel Hunziker in die KÖS**

**Cla Famos:** Die IFK schlägt als Mitglied der KÖS Raoul Stöckle (GLP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 Stimmen**

**Zum Mitglied der KÖS wird Raoul Stöckle (GLP) gewählt.**

**4 Antrag der Primarschulpflege betreffend Abrechnung Investitionskredit zur flächendeckenden Einführung von Tagesstrukturen an der Primarschule Uster auf das Schuljahr 2008/2009 (Antrag Nr. 79/2011)**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabi Seiler**.

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Sehr geehrte Anwesende*

*Der Kreditabrechnung über total CHF 433'408.89 steht ein bewilligter Kredit von CHF 775'000 gegenüber, der dem GR mit Antrag 70/2006 unterbreitet wurde. Die Kreditunterschreitung von CHF 341'591.11 ist hauptsächlich resp. praktisch ausschliesslich auf die geplanten Investitionen im Schulhaus Pünt zurückzuführen. Im ursprünglichen Kreditantrag wurden diese Kosten mit CHF 420'000 eingestellt. Es wurde aber damals klar kommuniziert, dass der Platzbedarf für die Schuleinheit Pünt noch nicht zu 100 % beziffert werden konnte. Die Details warum es im Pünt schlussendlich zu diesen Minderkosten gekommen ist, sind im vorliegenden Antrag 79/2011 im Detail abgehandelt.*

*Die Prüfung als Solches hat folgendes ergeben:*

*Die Aufstellung der Kreditabrechnung, gegliedert nach Jahre und Kostenarten ist übersichtliche, alle Zahlen konnten entsprechend nachvollzogen werden. Von den Totalkosten CHF 433'408.89 entfallen CHF 2'880 auf interne Verrechnungen z.L. der laufenden Rechnung im GF Liegenschaften, lediglich bei der Kostenart Bauliche Massnahmen Schulhorte exl. Pünt ist zu einer minimalen Kreditüberschreitung von CHF 2'593.09 gekommen.*

*Sämtliche Belege sind in den Abrechnungsordner auf zu finden. Auffallend waren die relativ vielen Rückerstattungen für Direktauslagen. Eine Kontrolle dieser Belege bezüglich korrekter Zuweisung an den Investitionskredit, insbesondere wenn es sich um Kassenquittungen von der Migros handelt, ist relativ schwierig. Auch hätte es auch meiner Sicht diverse Auslagen gegeben, die nicht über eine Direktzahlungen hätten abgewickelt werden müssen, da ohne weiteres eine Rechnung an die PSU/Hort hätte ausgestellt werden können. Sabine Wettstein hat uns anlässlich der RPK-Sitzung versichert, dass an dieser Problematik, die auch immer wieder Thema bei der Kontrolle der Jahresrechnung ist, aktiv gearbeitet werde, damit die Anzahl der Rückvergütungen möglichst tief gehalten werden können.*

*Die RPK hat die Kreditabrechnung an ihrer Sitzung vom 29. August 2011 einstimmig mit 7:0 gutgeheissen und empfiehlt dem GR dies ebenfalls zu tun.*

Die Vertreterin der Primarschulpflege wünscht nicht das Wort.

**Markus Bürki**

*Sehr geehrter Präsident*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen*

*Geschätzte Anwesende*

*Wir Grünen sind stolz auf Usters Tagesstrukturen und möchten an dieser Stelle einmal allen Beteiligten für das gelungene Umsetzen danken. Der Dank geht explizit auch an die Primarschulpäsidentin, Sabine Wettstein.*

*Wer schon in einem Schulhort war, weiss, dass dort vielfältige Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Kinder können spielen, basteln, lesen und haben Rückzugsmöglichkeiten für das Erledigen der Hausaufgaben.*

*Wer noch nie in einem Hort war, soll einmal vorbei gehen!*

*Die Kreditunterschreitung ist auch eine angenehme Tatsache.  
Wir werden dem Antrag zustimmen.*

*Für die Grünen*

*Markus Bürki*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 : 0 Stimmen**

- 1. Die Kreditabrechnung von 433'409 Franken inkl. MwSt. mit einer Kostenunterschreitung von 341'591 Franken für die Einführung von Tagesstrukturen an der Primarschule Uster auf das SJ 2008/2009 wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an:  
Primarschulpflege**

## 5 Postulat Nr. 520 des Ratsmitgliedes Peter Grob betreffend Erneuerbare Energien

Der Postulant **Peter Grob** referiert.

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
geschätzte Anwesende,*

*Nach Harrisburg, dem GAU von Tschernobil und dem Supergau von Fukushima waren sich alle einig, dass es an der Zeit sei, saubere und wieder beherrschbare Technologien, die kurzfristig betrachtet, rentable Atomenergie abzulösen. Doch der Mensch vergisst schnell und man denkt wieder nur an gute Rentabilität.*

*Könnte oder müsste die öffentliche Hand nicht hier verantwortungsvoller und weitsichtiger handeln? Da die Stadt Uster über grosse Gebäude mit entsprechend grossen Dächern verfügt, fordern wir mit dem Postulat den SR im Wesentlichen auf, abzuklären, welche Gebäude sich für die Gewinnung von Sonnenenergie eignen würden und welche Jahresproduktion möglich wäre.*

*Es ist uns klar, dass man heute ohne kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), mit Solarstrom noch nicht das grosse Geld verdienen kann.*

*Mit einer entsprechenden lokalen oder eidgenössischen KEV wäre aber eine Rendite von 6% bewiesene Realität. Mit dem nötigen politischen Willen und einem kleinen Preisaufschlag auf nicht erneuerbarem Strom wäre dies problemlos realisierbar. Der Weg wäre dann frei, genau wie in Deutschland, dass massenhaft Strom, auch auf Ustermerts Dächern produziert würde.*

*Die Warmwassergewinnung für Schulen und Verwaltung mittels Sonnenkollektoren wäre heute schon finanziell interessant und ökologisch sinnvoll. Herkömmliche Heizungen sollten durch Wärmekraftkopplungsmaschinen ersetzt werden, welche Strom und Wärme erzeugen könnten. Somit wird wenigstens aus jeder produzierter Tonne Co2 das Optimum an Energiegewinnung herausgeholt.*

*Es genügt nicht, dass wir ein Energielabel besitzen und zufrieden sein können, dass unsere Gebäude in Zukunft weniger Energie verschwenden werden. Wir müssen möglichst viel erneuerbare Energie selber herstellen, damit wir saubere Energie haben und vom Ausland weniger abhängig werden.*

*Weil leider viele private Haushalte, keine geeigneten Flächen für Photovoltaik- oder Thermische-Anlagen, sollte die Stadt Uster umso schneller daran gehen, und ihr Potential, welches heute brach liegt, zu nutzen.*

*Es ist 5 vor Zwölf, auch im Schlummerland Schweiz!*

*Wir von der SP-Fraktion bitten Sie, das Postulat erneuerbare Energien, dem SR zu überweisen.  
Besten Dank P. Grob, SP-Fraktion*

Namens des Stadtrates ist **Werner Egli** bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

### **Ruedi Locher**

*Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Postulat oder Anfrage, darüber kann man diskutieren.*

*Inhaltlich zielt das Postulat in die richtige Richtung, erneuerbare Energiegewinnung soll gefördert werden.*

*Die gestellten Fragen sind jedoch bestens bekannt.*

*So steht nämlich im Globalbudget des GF Liegenschaften:*

*Auf Seite E1, Absatz 3, in der Einleitung:*

*Ich zitiere:*

*„Damit die Stadt Uster als Energiestadt das Ziel das Label „European Energie Award Gold“ erreichen kann, wird das GF Liegenschaften als Beitrag unter dem Punkt „Kommunale Gebäude und Anlagen“ aus den Erkenntnissen der vorhandenen Nutzungskennzahlen (Energiebezugsflächen / effektiver jährlicher Energieverbrauch je Objekt) (haben Sie gut zugehört; Energiebezugsflächen, Energieverbrauch je Objekt) die nötigen Massnahmen erarbeitet, damit ein umweltgerechter Energieverbrauch erreicht wird, oder auf alternative bzw. erneuerbare Energien umgestiegen werden kann.*

*Was ist seit der Genehmigung diese Leistungsauftrages geschehen?*

*Was wurde erledigt: Leider nichts!*

*Jetzt soll ein Postulat erbringen, was das genehmigt Budget nicht erwirkt hat.*

*Ich frage Sie alle an; ist es wirklich notwendig, dass wir hier zu genehmigten Leistungsaufträgen nachträglich Postulate überweisen müssen, damit die geforderten Leistungen von der Verwaltung erarbeitet und vorgelegt werden?*

*Geschätzte Kollegen, ebenso möchte ich Sie an das Postulat Nr. 611 der FDP „Alternative Heizsysteme in geschützten Ortsbildern“ erinnern, welches ebenso das Thema der erneuerbaren Energiegewinnung, nämlich ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren), zum Inhalt hatte.*

*Wir befürchten nun, dass durch diese Doppelbeauftragung Übereifer entwickelt werden könnte, dass man teure, sehr teure Expertisen, Analysen, Fachmeinungen, Planungen, Grundlagenpapiere, Reglemente, Vorschriften, Ausnahmen produziert, um sich zu rechtfertigen.*

***Dazu, geschätzte Ratskollegen, geschätzter Stadtrat, sagen wir „nein“***

*Die FDP hat beim Regierungsrat des Kantons Zürich bereits 2009 eine Initiative eingereicht, welche letzte Woche dem Kantonsrat eine Umsetzungsvorlage vorlegte und vom denselben überwiesen wurde. Es handelt sich um baurechtliche Erleichterungen zur Realisierung von Anlagen zwecks erneuerbarer Energien, dies im gesamten Gebiet des Kanton Zürich, also auch in Uster. Stimmt doch, Herr Kantonsrat Benno Scherrer.*

*Dies alles, um Umweltschutzmassnahmen rasch, effizient, ohne Bürokratie, in Taten umzusetzen. Trotzdem können wir dem Postulat zustimmen.*

*Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.*

**Claudia Bekier**

*Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende*

*Wir von der SVP/EDU-Fraktion finden es gut, dass der Stadtrat aufgefordert werden soll, abzuklären bei welchen städtischen Gebäuden sinnvollerweise Photovoltaikanlagen, Sonnenkollektoren und / oder Wärmekraftkopplungsanlagen installiert werden sollen. Allerdings war der Stadtrat bis anhin nicht untätig und es laufen – gemäss unserem Wissensstand - schon verschiedene Abklärungen auch in diese Richtung. In diesem Sinne rennt das Postulat offene Türen ein.*

*Erlauben Sie uns trotzdem noch vier kleine Bemerkungen.*

- 1) Sonnenkollektoren zur Wärmegewinnung machen in einem Bürogebäude wenig Sinn, da der Brauchwarmwasserverbrauch sehr gering ist. In Schulhäusern mit Turnhalle und damit mit Duschen hingegen, wo der Brauchwarmwasserverbrauch wesentlich höher ist, ist dies durchaus sinnvoll.*
- 2) Wärmekraftkopplungsanlagen zur Strom- und Wärmeproduktion machen nur in einem grösseren Wärmeverbund einen Sinn, da diese dann wirtschaftlich betrieben werden können.*

- 3) Bei einem Gebäude soll zuerst der Wärmebedarf (durch geeignete Isolation etc.) reduziert werden, bevor die Heizung durch eine Wärmekraftkopplungsanlage ersetzt wird.
- 4) Eine Zusammenstellung für kurzfristige, mittelfristige und längerfristige Projekte ist nur in Zusammenhang mit einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sinnvoll. Die zusätzlich anfallenden Kosten sollte man hier nicht einfach vergessen. Bei steigenden Energiepreisen ist ein entsprechender Nachweis leicht zu erbringen, da Sanierungen sich immer mehr lohnen.

Wie in der Begründung zum Postulat richtig erwähnt, braucht es den Willen und die Einsicht der privaten Haushalte sowie der öffentlichen Hand, neue, bewährte, zukunftssträchtige und ökologische Techniken anzuwenden. Entsprechende Abklärungen durch die Stadt hätte Vorbildcharakter für andere Liegenschaftsbesitzer.

Unserer Meinung nach genügt dies aber nicht, denn es braucht – neben dem Einsatz von effizienten Geräten und Technologien - auch das richtige Benutzerverhalten, denn dadurch kann viel Energie eingespart werden und zwar ohne zusätzliche Massnahmen. Übrigens, diesbezüglich kann Ihnen der Ökofonds der Energie Uster AG ein paar sehr gute Typs mitgeben.

Es ist für die SVP/EDU-Fraktion klar, dass die Energie- und Umweltpolitik auf allen politischen Ebenen, beim Gewerbe und bei Privatpersonen eine Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sein wird. In diesem Sinne unterstützen wir das Postulat.

Claudia Bekier  
Gemeinderätin SVP

## Bea Mischol

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
Sehr geehrte Damen und Herren

Natürlich hoffe ich persönlich auch, dass die Zeiten, als man die Befürworter der Sonnenergienutzung belächelt hat, definitiv vorbei sind.  
Vielmehr ist es für uns heute selbstverständlich, dass jeder Einzelle und auch die Stadt Uster bei neuen Bauprojekten auf erneuerbare Energien setzen.  
Genauso selbstverständlich ist es für uns, dass die Stadt Uster auch ihre bestehenden Bauten überprüft, wo, wann und wie erneuerbare Energien eingesetzt werden können.  
Gerade die Heisswasserversorgung kann und muss nun wirklich wenn nicht kurzfristig, dann sicher mittelfristig umgestellt werden.

Das Postulat fordert also eigentlich nur, was wir als selbstverständlich erachten.  
Wir gehen auch davon aus, dass sich die Stadt Uster diese Überlegungen bereits macht. Sie kommt ja auch gar nicht darum herum, wenn sie - wie von uns Grünliberalen gefordert - und von diesem Rat hier unterstützt - Energiestadt GOLD werden soll.

Wir werden dieses Postulat also selbstverständlich unterstützen. Wir vermissen jedoch die Frage nach den Kosten respektive Wirtschaftlichkeit. Und im Sinne einer Umweltbetrachtung sollte auch die Isolation der Häuser betrachtet werden.

Wie sich von selbst erklären lässt ist es auch aus unserer Sicht eine sinnvolle Sache so viel wie möglich Energie mittels Photovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren zu gewinnen.  
Prinzipiell könnten alle Dächer die eine Südausrichtung aufweisen (und nicht unter Heimatschutz stehen) mit einer Photovoltaik-Anlage ausgerüstet werden.

*Wir von der GLP-EVP-Fraktion werden wie bereits erwähnt dieses Postulat unterstützen und hoffen, dass Ihr das auch macht.*

*Beatrice Mischol  
Gemeinderätin Grünliberale*

## **Markus Bürki**

*Sehr geehrter Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Die Vorstossflut im Ustermer Parlament zu erneuerbaren Energien nimmt langsam Formen an. Immer mehr wird nach grünen Lösungen gesucht!  
Wir Grünen freuen uns darum auch immer, wenn ein Vorstoss zu unserem Kernthema auf dem Tisch liegt. Auch wenn er leider noch nicht auf Recycling-Papier gedruckt wird.  
Wir werden zustimmen, das ist ja klar.*

*Zum Postulat:*

*Peter Grob schreibt, dass die privaten Haushalte genau so einsichtig werden müssen, wie die öffentliche Hand. Bei den Privaten läuft es häufig über das Portemonnaie, also Strom wird dann gespart wenn er teuer wird. Das wird zum Glück so oder so passieren weil unsere Leitungen erneuert werden müssen. Bei der öffentlichen Hand glaubt man sich in Sicherheit, weil wir ja die KEV (kostendeckende Einspeisevergütung) haben, welche dem Erbauer einer Photovoltaikanlage ab Inbetriebnahme während 25 Jahren Geld für den Strom bezahlt.*

*Leider ist die Warteliste bei der KEV zur Zeit so gross, dass man Jahre auf Geld aus dem Topf warten muss. Das wird sich aber bald ändern.  
Die Atomlobby hat es da leider besser: Quersubventionen und milliardenschwere Forschungsprojekte in den vergangenen Jahrzehnten, haben eine hochgefährliche Technologie salonfähig gemacht und den Strom zu einem viel zu billigen Produkt.  
Es ist nicht zu vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Standardmix in Uster noch immer zu 48,73% aus Atomstrom besteht und in Fukushima noch überhaupt nichts wieder in Ordnung ist. Der harte Franken strahlt im Moment stärker als Japan. Mit dem Unterschied, dass die Finanzkrise wohl kaum noch 1 Million Jahre strahlt, Atommüll jedoch schon.*

*Warum sind solche Postulate, wie das Vorliegende, Gold wert auf dem Weg zur Energiestadt Gold. Goldigen Solarstrom sozusagen: Goldig aus zwei Überlegungen heraus:*

- 1) weil wir dann in Uster endlich wissen, wie gross das Potential wäre von Photovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren*
- 2) weil der zugegebenermassen noch vergoldete Preis von Ustermers Solarstrom, unbedingt verbilligt werden muss. Das würde ja eventuell bei einer Erhebung von einem halben Rappen pro kWh auf die einzelnen Haushalte, ganz schnell passieren. Ich zeige euch auch gerne, wie ihr viele Franken Stromkosten sparen könnt. Die Energie Uster AG bietet sonst auch Energieberatungen an. Oder wie wäre es, wenn wir einfach allen Privaten in Uster einen ökologischen Mix nach Hause liefern und sie bitten, sich für Atomstrom anzumelden, wenn das gewünscht ist? In Zürich und Winterthur hat das funktioniert. Klar gibt es dann von einigen Leuten aufs Dach. Aber lieber ein paar auf das Dach als keine Solaranlagen auf dem Dach.*

*Also zustimmen und wer sich an die regio.ch Ausgabe vom 25. August 2011 erinnert, kann nach der Sitzung sehr gerne zu Peter Grob oder mir kommen, da wir noch Investoren für ein Solarprojekt in Uster suchen.*

*Helft mit, Uster aus dem Dornröschenschlaf aufzuwecken! Die Energiezukunft fängt heute an.*

*Für die Grünen*

*Markus Bürki*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 31 : 0 Stimmen**

**Das Postulat Nr. 520 wird überwiesen.**

## **6 Postulat Nr. 523 des Ratsmitgliedes Petra Bättig-Frey betreffend Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Betreuung im Vorschulalter**

Die Postulantin **Petra Bättig** referiert.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*, Frohe Botschaft aus Luzern: Hier muss niemand mehr auf Krippenplätze warten. ' Dies ist ein Zitat aus dem Beobachter vom letzten Jahr. Luzern hat Betreuungsgutscheine eingeführt. Ein Betreuungsgutschein ist eine finanzielle Unterstützung für die familienergänzende Betreuung von Kindern. Die Eltern können frei wählen, wo sie ihr Kind betreuen lassen. Die Höhe der finanziellen Unterstützung ist abhängig vom Einkommen und je nach Definition vom Erwerbsumsatz.*

*Luzern hat vor gut zwei Jahren Betreuungsgutscheine eingeführt, nun wurden die ersten Erfahrungen damit veröffentlicht. Und diese Erfahrungen sind vorwiegend positiv, das Betreuungsangebot hat sich in diesen zwei Jahren nämlich fast verdoppelt! Die Qualität hat dabei nicht gelitten. Im Gegenteil. Dank der freien Marktsituation werde immer mehr eine Diversifizierung beobachtet. Krippen bieten zum Beispiel neu ein spezielles Motorik-Programm an oder werden zweisprachig geführt. Die Eltern haben so ein vielfältigeres Angebot und können für sich und ihr Kind die am besten geeignete familienergänzende Betreuung wählen. Zudem können Luzerner Eltern ihre Kinder auch ausserhalb der Gemeinde betreuen lassen, zum Beispiel in der Nähe ihrer Arbeitsstelle. Dank den Gutscheinen können Eltern einen Platz für ihr Kind wählen, welcher ihren Wünschen nach Standort, Kosten, Förderung, pädagogischem Konzept usw. am besten entspricht.*

*Die Situation in Uster sieht leider immer noch ganz anders aus. Hier ist die Subventionierung eines Krippenplatzes an die Bedingung geknüpft, dass die Krippe oder Institution Mitglied der FEB wird. Eltern, welche ihre Kinder in einer privaten Krippe oder ausserhalb von Uster betreuen lassen, bekommen keine Unterstützung. Das können sich bei Weitem nicht alle Eltern leisten. Subventionierte Plätze gibt es für Ustermer Kinder heute nur in Uster – falls sie einen finden jedenfalls.*

*Dass immer noch viele Kinder auf der Warteliste für einen Krippenplatz stehen, habe ich hier nun schon mehrmals ausgeführt. Daran hat sich leider in den letzten Jahren gar nichts geändert. Eltern haben keine Wahlmöglichkeit, sondern müssen im Gegenteil froh sein, überhaupt irgendeinen Krippenplatz zu finden. Für eine sogenannte ‚Wohnstadt‘ ist diese Situation eine Schande!*

*Einfach so weiterwursteln wie bisher reicht nicht. Wir müssen in Uster bis Ende 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot im Krippenbereich organisieren. So etwas sollte nicht in einer Hau-ruck Übung entstehen – es passiert aber auch nicht, wenn wir einfach nichts machen, wie bisher. Betreuungsgutscheine, das zeigen die Erfahrungen aus Luzern, bringen eine ganz neue Dynamik ins System, und dringend benötigte neue Plätze werden geschaffen.*

*Die Kosten werden wegen diesem Wechsel nicht steigen. Auch das haben die zwei Jahre mit diesem System in Luzern gezeigt. Eine Steuerung ist sehr gezielt möglich. Beispielsweise kann man durch Verschieben der Grenze der Bezugsberechtigung (diese entspricht der Höhe des steuerbaren Einkommens) steuern, ob man eher untere oder auch mittlere Einkommen mit Subventionen unterstützen möchte.*

*Dass sich das Angebot der familienergänzenden Betreuung sogar positiv auf die Finanzen einer Gemeinde auswirkt, zeigt eine neue Studie aus Horw. Dies vor allem deshalb, weil bei vielen Familien die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermieden oder deutlich reduziert werden konnte. Im oberen Einkommenssegment tragen gute Kinderbetreuungsangebote dazu bei, die Attraktivität einer Gemeinde zu erhöhen. Ein gutes Betreuungsangebot lohnt sich also nicht nur als Standortfaktor, sondern zahlt sich direkt in Franken und Rappen aus. Es lohnt sich für Uster, wenn endlich genügend Betreuungsplätze vorhanden sind.*

*Die Pilotphase bei der Umstellung auf Betreuungsgutscheine wird vom Bund mit bis zu einem Drittel der Kosten unterstützt.*

*Mit der Überweisung meines Postulates kann geprüft werden, wie man Betreuungsgutscheine in Uster sinnvoll einsetzen könnte. Erst dann können wir beurteilen, ob man dieses System hier auch nutzen kann. Ich möchte, dass es in Uster endlich keine Wartelisten mehr für Krippenplätze hat, dass alle Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder extern betreuen zu lassen. Lassen wir doch abklären, ob Betreuungsgutscheine dazu beitragen können. Ich bitte Sie deshalb, im Namen der Familien hier in Uster, mein Postulat zu unterstützen.*

*Petra Bättig*

Namens des Stadtrates führt **Barbara Thalmann** aus, dass dieser nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Das Modell von Luzern ist eine mögliche Form von subventionierten Betreuungsplätzen. Sie zitiert einige Passagen aus der vertraglichen Vorlage vom Luzerner Modell und zeigt die Unterschiede zum Ustermer Modell auf. Die Differenz zwischen Elternbeitrag und Deckungsbeitrag übernimmt die Stadt und diese wird den Trägerschaften direkt überwiesen. Uster wendet eine andere Form von Subjektfinanzierung an. Würde man dem Postulat folgen, hätte man zwei verschiedene Finanzierungsmodelle. Dies hätte auch einen erheblichen personellen und administrativen Mehraufwand zur Folge. Zurzeit werden in Uster rund 250 Kleinkinder betreut, für deren Eltern würde sich ändern, dass sie sich für inhaltliche und vertragliche Fragen an die Krippe wenden müssten, für die Betreuungsgutscheine an die Stadt, hätten also zwei Adressaten. Ausserdem ist das Betreuungsangebot in Uster stetig besser geworden. Wir möchten mit dem FEB-Modell weiterfahren, das Finanzierungsmodell hat sich bewährt. Der Stadtrat bittet den Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen.

### **Balthasar Thalmann**

*Herr Präsident,*

*Geschätzte Anwesende*

*D' SP-Fraktion chann de Wunsch vo de Postulantin nur understütze, dass z'Uschter ändlich gnueng Chrippeplätz aabote wärded. Dä vorschglagni Aasatz isch zwar interessant; mir sind aber de Aasicht, dass es sich nöd lohnt, z'Uschter an Systemwächsel vo de Subventionierig aazga bzw. das im Rahme vomene Pilotprojekt z'prüfe.*

*S'hütigeS ystem isch ja so, dass de Eleterebeitrag für en Chrippeplatz i Abhängigkeit vom Einkome und Vermöge berechnet wird. D' Stadt Uschter übernimmt d'Differenz zwüsched dem Betrag wo d'Eltere zaled und em maximale Tagessatz vo den Institutione. Und de Tagessatz handled die einzelne Institutione, wo de FEB aaglidered sind, und Stadt Jahr für Jahr uf Grund vomene Normchoschtemodäll us. De maximal Tagessatz isch vo Chrippe zu Chrippe underschidlich. Für die vollzallende Eltere – das isch öppe en Drittel – chann das es Kriterium für d'Chrippewahl sii.*

*Mir vo de SP-Fraktion finded das hütige System grundsätzlich guet – natürlich gsächte mehr da und et na Optimierigsbedarf. Aber s'hütige System bringt en extrem gringe Verwaltungsaufwand für d'Stadt, will sämtliche Kontakt mit de Eltere über d'Institutione laufed. Es bedingt au, dass sich d'Eltere i de Chrippe aktiv engagiered. S'hütige System fordered d'Chrippe aber vor allem auch in betriebswirtschaftlicher Sicht. Si müend nämlich e sehr höchi Uuslaschtig chöne sichere, sie müend ganz schlanki Kostestruktur ha und sie müend sich scho hüt emene gesunde Wettbewerb stelle. Vo de Stadt gits für d'Chrippe kei Gäld – mir fahred bereits hüt es reins subjektbezognigs Subventionierigssystem.*

*D'Frag wo mir hüt aber müend prüfe isch ja, öb mir de Meinig sind, dass mer es Pilotprojekt mit Betreuingguetschii sölled aastosse. Mir händ da defür au d'Sach vo Luzern aagluengt, wo ja Postulantin Bezug druf nimmt. Und ganz ehrlich, mir händ kei Pünkt chöne finde, womer gseit*

*händ, wow, das isch vill besser, das wämmer au. Villmeh hämmer feststellt, dass Luzern mit ähnliche Frage konfrontiert isch, wo mir da z'Uschter au känned. Nämlich, d' Übereistimmig von Nachfrag und Aegbot gaht praktisch nie uff wämmer insgesamt es möglicht effizienz System wot fahre. Wämmer d'Bedürfnis vo de Eltere als Chrippe vollständig befridige möchti, müesst mer ehner mitemene Überaagebot fahre, was aber wieder d'Chöschte ufebtriibe würdi. D'Choschtesensitivität vo de Uuslaschtig isch bi de Chrippene extrem höch. Mir händ keis Interesse dra, d'Chöschte unnötig ufeztriibe; nöd z'letscht will mer für öisi Subventionierigsmöglichkeit an en Rahmekredit bunde sind.*

*Mir gsend mit em System vo Betreuiigsguetsschii au kei zuesätzli Aareiz, wo dazue würdid füere, dass meh Betreuiigsplätz aabote würdid. Dä vorgschlagni Systemwächsel vom subjektbezogene Subventionierigssystem füerd nöd zu matchentscheidende Änderig vo de relevanten Märtmechanisme. Wämmer mehr betreuiigsplätz möchti, muess mer a anderer Punkt aasetze. Mir tüend das Poschtulat durm nöd understütze.*

*Balthasar Thalmann*

### **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen, Ratskollegen, Pressevertreter und Zuschauer*

*Nachdem die Leistungsmotion nicht überwiesen wurde, hat die Postulantin eine Anfrage zur Zusammenlegung der Familienergänzenden Betreuung mit den Tagesstrukturen eingereicht. Und bevor die Antworten zu dieser Anfrage vorliegen, sollen wir hier ein Postulat behandeln, das entgegen der Anfrage nur die Betreuung im Vorschulalter - also ohne Schulhort – beinhaltet. Man darf sich zu Recht fragen, was die Postulantin damit eigentlich bezweckt und ob sie selber weiss, was sie eigentlich erreichen will.*

*Die Postulantin möchte einen Wechsel zu Betreuungsgutscheinen. Sie begründet dies damit, dass ein Wechsel von der Finanzierung der Krippen hin zur Finanzierung der Eltern erfolgen soll. Für Gemeinden, die noch kein Finanzierungsmodell haben, oder wie begründet bisher Krippen subventionieren, ist dies sicher eine gute Lösung und kann zu mehr Krippenplätzen führen. Uster kennt aber im heutigen System bereits die sogenannte Subjekt- und nicht die Objektfinanzierung. Dies entspricht also bereits der Idee, die mit den Betreuungsgutscheinen verfolgt wird. Die bestehende Ustermer Lösung hat aber den Vorteil, dass ein grosser Teil der Arbeit, die im Zusammenhang mit den Subventionsanträgen anfällt, durch die Institutionen, oftmals sogar durch ehrenamtlich tätige Personen, erledigt wird. In meinem Fall – ich bin im Vorstand einer Krippe im Ressort Elternbeiträge tätig - sind dies konkret ca. 2 Stunden pro Woche, hochgerechnet auf alle FEB-Institutionen kommen da ca. 20 Stunden zusammen. Würde diese Arbeit bei der Stadt anfallen, müsste die FEB-Stelle ihr Personal um 50% aufstocken, was jährlich wiederkehrende Kosten von ca. 50'000.- Fr. verursachen würde. Mit diesem Geld finanzieren wir lieber weitere Betreuungsplätze als den Verwaltungsapparat. Mit diesem Betrag können Betreuungsplätze für ca. weitere 16 Kinder bereitgestellt werden.*

*Krippen, die subventionierte Plätze anbieten, müssen Mitglied der FEB sein, wird bemängelt. Die FEB steht aber auch heute schon weiteren interessierten Krippen offen. Diese Krippen schliessen mit der FEB-Stelle eine Leistungsvereinbarung ab. Auch bei den Modellen mit den Betreuungsgutscheinen dürfen diese Gutscheine im Sinne einer Qualitätskontrolle nicht allen Institutionen abgegeben werden. Dass die FEB kein geheimes Grüppli von geschützten Krippen ist, sondern gerne weitere Krippen aufnehmen würde, ist in Ustermer Krippenkreisen bekannt. Meines Wissens haben sich auch schon weitere Krippen für eine Aufnahme interessiert. Zudem entstehen auch in den bestehenden Krippen zusätzliche Gruppen. Wenn in Uster nicht mehr Krippen entstehen liegt dies eher an der Schwierigkeit, geeignetes Personal und eine Trägerorganisation zu finden, als am bestehenden Modell.*

*Fazit: Die Umstellung schafft keine neuen Betreuungsplätze sondern einen finanziellen Mehraufwand bei der Verwaltung.*

*Wir von der GLP/EVP-Fraktion lehnen die Überweisung dieses Postulats ab.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

## **Hans Keel**

*Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Die SVP/EDU Fraktion lehnt die Überweisung des Postulates Nr 523, Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Betreuung (FEB) im Vorschulalter ab.*

*Die Durchführung von einem Pilotprojekt im Bereich familienergänzende Betreuung für die Finanzierung der Betreuungseinrichtungen mit Gutscheinen, ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Die Warteliste sei zu gross, nicht alle Kinder hätten einen Platz, ist keine Begründung für die Einführung von Gutscheinen.*

*Das von der Stadt Uster eingeführte und bewährte System sollte nicht leichtfertig mit einem Versuch abgeschafft werden.*

*Aus unserer Sicht ist es richtig, dass in Kinderkrippen, welche der Vereinigung FEB angehören, Subventionsmöglichkeiten für finanziell benachteiligte Familien bestehen. Es ist deshalb wünschenswert, dass alle Ustermerkrippen der FEB beitreten, dann sind einheitliche Standards betreffend Führung und Qualität gewährleistet. Damit ist sichergestellt, dass für das viele Geld, immerhin fast CHF 1,3 Mio., auch die geforderte richtige Leistung erbracht wird. Zudem erübrigt sich dann die Diskussion um Betreuungsgutscheine.*

*Mit der Einführung von Gutscheinen wird:*

- *Der Kontrakt bzw Leistungsvorgabe für die Krippen hinfällig.*
- *Geld ausgegeben, ohne dass überprüft werden kann, ob überhaupt eine Leistung erfolgt ist.*
- *Ustermer Steuergelder in Kinderkrippen getragen, die sich ausserhalb von Uster befinden.*

*Die Ausgabe von Gutscheinen entlastet die Verwaltung nur im Controlling. Dies hat jedoch zur Folge, dass man nicht mehr weiss, für was das Geld ausgegeben wird.*

*Die Pilotprojekte Luzern und Horw können kaum mit Uster verglichen werden. Die Krippen in Uster sind privat geführt und der Ausbau erfolgt auf Eigeninitiative. Sie erfüllen einen von der Stadt Uster vorgegebenen Standard.*

*Wir bitten Sie deshalb, auf eine Überweisung des Postulats an den Stadtrat zu verzichten.*

*Besten Dank für Ihre Unterstützung*

*Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion*

**Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Dass die Finanzierung von öffentlichen Einrichtungen über die Leistungsbezüger und nicht über die Leistungserbringer erfolgen soll, ist ja an sich keine neue Idee. Schon in den 80er Jahren wurde dies im Zusammenhang mit den Schulen von verschiedenen Seiten propagiert. Auch grosse Teile der Grünen haben damals das Instrument der Bildungsgutscheine befürwortet. Durchgesetzt hat sich das System meines Wissens aber nirgends.*

*Nun also dasselbe Instrument für den Bereich der Familienergänzenden Betreuung. Die Postulantin verspricht sich davon insbesondere, dass in der Stadt Uster in Zukunft genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen und keine langen Wartelisten mehr existieren.*

*Ob Betreuungsgutscheine in dem Sinne tatsächlich mehr Dynamik in das System bringen, dass mehr Betreuungsplätze geschaffen werden, kann beim heutigen Stand weder positiv noch negativ beantwortet werden. Das von der Postulantin angeführte Pilotprojekt in Luzern inkl. Horw läuft noch bis Ende dieses Jahres und wird in diesen Monaten wohl ausgewertet.*

*In der Frage der Qualität dürfte sich mit dem neuen System nicht viel ändern. Schon heute werden die Betreuungsangebote von staatlichen Stellen regelmässig geprüft. Somit kann von einer ausreichenden bis guten Qualität des Angebots ausgegangen werden.*

*Schliesslich bleibt die Frage der Wahlfreiheit der Eltern oder anders ausgedrückt: der Wettbewerb. Die Eltern als Leistungsbezüger, als Kunden, geben mit ihrer Wahl Ausdruck, welches Betreuungsangebot das beste, das „gäbigste“ ist. Grundsätzlich sollen gute Leistungen honoriert werden. Bei öffentlichen Einrichtungen hat die ganze Sache aber einen Haken. Zum Beispiel hat eine Krippe aufgrund der überdurchschnittlichen Betriebskultur – „Atmosphäre“ – regen Zulauf und sieht sich ermuntert, die Zahl der Plätze zu erhöhen. Das führt dazu, dass eine andere Krippe evtl. schliessen muss. Später gibt es in der erstgenannten Krippe jedoch zahlreiche Wechsel im Team, was der Atmosphäre im Betrieb und damit Beliebtheit der Krippe abträglich ist. Das heisst konkret: erst wurde die Infrastruktur aufgrund der Nachfrage ausgebaut; sinkt die Nachfrage jedoch müssen Krippenplätze abgebaut werden. Und angesichts der Fixkosten wird der Betrieb dann zu teuer und ist nicht mehr konkurrenzfähig. Einmal abgebaute Krippenplätze können nicht so schnell wieder aufgebaut werden. So kann es also durchaus dazu kommen, dass dann für eine gewisse Zeit, die Betreuungsplatzknappheit noch akuter sein wird als heute.*

*Gerade das Beispiel Luzern hat gezeigt, dass solche Entwicklungen realistisch sind und dass die KiTas gerade im Managementbereich extrem gefordert sind. Verunsicherungen bei vielen Betrieben war die Folge.*

*Und ein weiterer Nachteil, der sich in Luzern gezeigt hat, ist der, dass das Geld für die familienexterne Betreuung breiter verteilt wurde. Wenn der Kuchen auf mehr Leute verteilt wird, werden die Stücke kleiner. So konnten Familien ihre Kinder beispielsweise nur noch drei- statt viermal pro Woche in die KiTa geben. Und von 370 Familien wurden 150 Familien als Härtefälle eingestuft, so dass betreffend Finanzierung Übergangslösungen eingeführt werden mussten. Das kostete. Mindestens im ersten Jahr gab Luzern mehr Geld für die FEB aus.*

*Wer mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen Einsparungen erwartet, wird aber auch auf lange Sicht enttäuscht. Der Verband der Kindertagesstätten der Schweiz sagte 2010 klipp und klar: „Mit den Gutscheinen kann man kein Geld sparen.“*

*Ob also der Systemwechsel auf Betreuungsgutscheine in verschiedener Hinsicht wirklich positive Effekte hat, lässt sich beim aktuellen Wissenstand nicht sagen. Die Grünen stehen dem Anliegen der Postulantin aber auch nicht einfach ablehnend gegenüber.*

*Die Grünen empfehlen ihr jedoch, das Postulat zurückzuziehen, und dann nochmals einzureichen, wenn ein Evaluationsbericht über das Luzerner Pilotprojekt vorliegt.*

*Da die Entscheidungsgrundlagen also aktuell noch lückenhaft sind, lehnen die Grünen das Postulat zum heutigen Zeitpunkt ab. Wir sind aber dafür offen, das Postulat zu einem späteren Zeitpunkt nochmals eingehend zu prüfen und dann allenfalls auch zu unterstützen.*

*Thomas Wüthrich  
Fraktionspräsident Grüne*

**Petra Bättig** ergreift nochmals das Wort. Sie hat bewusst nicht von Objekts- oder Subjektsfinanzierung geredet. In Uster ist das Angebot insofern nicht für alle offen, weil die Krippen, die nicht im FEB angeschlossen sind, ein anderes Finanzierungsmodell haben. Es ist genau vorgeschrieben, was subventioniert wird und was nicht. Das Luzerner Projekt wird erst in zwei Jahren abgeschlossen sein, aber es ist bereits jetzt schon klar, dass der finanzielle Aufwand nicht steigen wird. Das Ustermer System ist nicht ideal für alle Familien, die in Uster keinen Platz gefunden haben und somit auf eine andere Gemeinde ausweichen müssen oder am Arbeitsplatz ihre Kinder in eine Fremdbetreuung geben. Diese Fälle sind nicht subventioniert. Ich möchte, dass es genug Plätze gibt, die sich alle leisten können.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Simone Michel ist nun eingetroffen und übernimmt wieder das Amt der Stimmzählerin.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 25 : 5 Stimmen**

**Das Postulat Nr. 523 wird nicht überwiesen und gilt somit als abgeschrieben.**

**7 Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat Nr. 511 der Ratsmitglieder Simone Michel, Thomas Wüthrich und Markus Bürki betreffend Optimierung Veloparkplätze am Bahnhof**

Für die Postulanten referiert **Simone Michel**.

*Als allererstes danke, dass sozusagen im Seitenwind der Abklärungen zur Velosicherheit in Uster Herr Hintermeister auch gleich beauftragt wurde, ein Konzept zur Veloparkierung am Bahnhof Uster anzuschauen.*

*In dem in der Aktenauflage aufliegenden Konzept wird betont, dass die Auslastung der Veloparkplätze in Uster sehr unterschiedlich ist. Bspw. der Velopark Ost, vis à vis der Papetrie Burki, muss heute rund 50% (!) der Velos unterbringen... da ist die Überbelegung vorprogrammiert. Im Konzept werden verschiedene Lösungen und Lösungsschritte aufgezeigt. Ein wichtiger Faktor ist, im Norden, Westen und allenfalls auch im Süden die Veloparkplätze attraktiver zu machen, damit der Velopark Ost entlastet wird und gleichzeitig sollte unbedingt der Velopark Ost erweitert werden.*

*Wenn die in der SR-Antwort aufgeführten Sofortmassnahmen im Norden (ehemaliger Freiverlad und Bahnstrasse) um eine Schmalspurvariante am Velopark Ost erweitert würden, würden zusammen rund 80' 000 Franken investiert werden müssen. Damit könnte die heutige Situation befriedigend entschärft werden. Zukunftsgerichtet sind die gerade erwähnten Massnahmen hingegen nicht, denn hier sind die aus dem Gebiet Eschenbühl, Zellwegerareal und Niederuster neu dazu kommende VelofahrerInnen nicht einberechnet...mittelfristig braucht es noch mehr Platz. Wir Grünen sind der Meinung, dass mit der Entschärfung mehr zufriedene VelofahrerInnen in Uster leben, und noch mehr aufs Velo umstiegen, so dass weniger Verkehrschaos rund um den Bahnhof herrscht. Denn Velos brauchen einfach viel weniger Platz wie Autos, auch beim parkieren.*

*Und jetzt?*

*Für uns Grünen ist klar, dass dringend die Sofortmassnahmen umgesetzt werden müssen. Besser noch heute wie morgen, aber jedenfalls spätestens auf die Velosaison 2012, die je nach Wetter schon im März beginnt. Wobei die Auslastungsschwankungen zwischen Sommer und Winter nicht so gross sind, dass sich nicht schon jetzt eine Erweiterung lohnen würde.*

*Mittelfristig würde heissen, dass parallel zum Fertigstellen von neuen Wohneinheiten in den Gebieten Eschenbühl, Zellwegerareal, Niederuster und anderer die Kapazität für Veloabstellplätze erhöht wird und ein neuer Standort für die bewachte Velostation mit verlängerten Öffnungszeiten vorgesehen wird. Falls der Verein also! nicht aus eigenen Reihen Leute dafür stellen kann, sind andere Lösungen zu suchen.*

*An den SR stellen wir die Frage, da in der Postulatsantwort dazu nichts zu lesen ist, wie sein Zeitplan der Umsetzung aussieht und was genau er von den im Konzept aufgeführten Massnahmen realisieren wird.*

*Wir Grünen nehmen die Postulatsantwort und das dazugehörige Velokonzept zur Kenntnis.*

*Simone Michel*

**Peter Grob**

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
geschätzte Anwesende*

*Die vorliegende Postulatsantwort zeigt, dass der SR die Situation der fehlenden Veloparkplätze um den Bahnhof ernst nimmt. Im Besonderen begrüssen wir die geplanten Sofortmassnahmen d.h. die 40 zusätzlichen Abstellplätze beim Bahnhof Nord, die 50 zusätzlichen Abstellplätze an der Bahnstrasse und ein paar zusätzliche Abstellplätze bei der Unterführung Mitte an der Industriestrasse.*

*Auch mit 100 weiteren Parkplätzen wird aber am grossen Veloparkplatz, Ecke Bankstrasse Brunnenstrasse, bereits mittelfristig das Angebot zu gering bleiben. Die Erweiterung dieses Veloparkplatzes muss deshalb ins Auge gefasst werden.  
Wir von der SP-Fraktion danken dem SR für die ausführliche Analyse sowie den Sofortmassnahmen und betrachten deshalb das Geschäft als erledigt.*

*Peter Grob*

### **Christoph Keller**

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*geschätzte Anwesende*

*Im Januar 2011 hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der SVP-/EDU-Fraktion dieses Postulat 511 an den Stadtrat überwiesen. Mit einem externen Beratungsbüro wurden die Fragen der grünen Postulanten beantwortet.*

*Es wäre auch einfacher gegangen: Denn bereits in der Januarsitzung, als dieses Postulat überwiesen wurde, hat unsere Hilda Schelldorfer alle darin gestellten Fragen in ihrem Fraktionsreferat beantwortet. So erklärte Sie, dass eine sofortige Optimierung der vermeintlich knappen Veloparkplätze durch das konsequente Aussortieren aller schrottartigen Fahrräder, welche seit Urzeiten auf dem Areal des Bahnhofes herumstehen und verrostet, möglich wäre. Man also unter Optimieren der Situation vor allem die Effizienzsteigerung der Situation verstehen könne.*

*Schade ist, dass die Stadt Uster und dieses externe Beratungsbüro unter „Optimieren“ gleich „Ausbauen“ verstehen. Denn in der Postulatsantwort ist nichts zu lesen betreffend Steigerung der bestehenden Veloparkfelder mittels Effizienz. In der Antwort auf das Postulat wird zu einfach und zu schnell der Hintergedanke der Grünen aufgenommen. Nämlich mehr Veloparkplätze zu schaffen und unter Umständen dafür sogar Autoparkplätze zu entfernen.*

*Gleichzeitig wird auch eine Ausdehnung der Öffnungszeiten der Velostation in Betracht gezogen. Dass dies nicht nötig ist, da man einen Schlüssel beziehen kann, hat euch ebenfalls Hilda schon im Januar erklärt. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten entspricht einfach einem lokalen Konjunkturprogramm zu Gunsten des staatlich geförderten Vereins „also!“, wo sich das links-grüne Milieu sowieso heimisch fühlt.*

*Und jetzt greife ich noch in die Zauberkiste für Wirtschaftswörter aus dem Reich der Klimawandelgläubiger und verwende auch mal das schöne Wort Nachhaltigkeit: Denn im Sinne einer nachhaltigen Veloparkplatzbewirtschaftung auf dem Areal des Bahnhofs Uster gilt es die negativen externen Effekte zu internalisieren, welche durch die Benützung und das Abstellen der Fahrräder entstehen. Oder kurz und prägnant: Es sollten Veloparkplatzgebühren erhoben werden.*

*In diesem Sinne stimmt die SVP-/EDU-Fraktion dem Antrag des Stadtrates zu und schreibt dieses Postulat 511 ab.*

**Wolfgang Harder** ergreift das Wort. Er vertritt die Ansicht, dass Uster unbedingt den Velo-Verkehr fördern soll. Er weist mit einem Augenzwinkern darauf hin, dass bei der Skyline genug Platz vorhanden wäre, um hunderte von Velos hin- und abzustellen. Die Situation an der Velostation ist unbefriedigend. Im Grunde genommen könnte man diese mit dem Schlüssel betreten und irgendein Velo nehmen, das einem passt und wieder abschliessen. Seine Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht, wird diesem zustimmen und das Postulat als erledigt abschreiben.

## **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen, Ratskollegen, Pressevertreter und Zuschauer*

*Mit Befriedigung habe ich den Antrag des Stadtrates bzw. den Bericht des Büros Enz und Partner zur Kenntnis genommen. Das Planungsbüro macht, was die Anzahl der Veloabstellplätze als auch die vorgeschlagenen Massnahmen betrifft dieselben Aussagen, die ich bereits bei der Überweisung des Postulats gemacht habe. So soll das Angebot auf 1550 Plätze ausgebaut werden. Und als dringendste Sofortmassnahmen sind Erweiterungen auf der Nordseite des Bahnhofes vorgesehen.*

*Der Stadtrat habe die Abteilung Bau mit drei kleinen Projekten zur Parkplatzerweiterung beauftragt. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die dabei anfallenden Kosten unbedingt ins Budget 2012 aufgenommen werden müssen. Nicht erst in einem Novemberbrief erwähnen oder sogar im Januar einen Kreditantrag stellen für Ausgaben, die jetzt schon bekannt sind.*

*Der Antrag der Stadt kommt mir insgesamt etwas zu unverbindlich vor. Um die Veloparkplatzsituation rund um den Bahnhof zu verbessern sollten deshalb die folgenden Massnahmen weiterverfolgt werden:*

- *Zusätzliche Parkplätze in einem Veloparkhaus sehen wir eher auf der westlichen bzw. nordwestlichen Bahnhofseite: also entweder beim Coop oder der Altstoffsammelstelle. Der Platz vor dem Velopark Ost sollte im Hinblick auf die Vision der fussgängerfreundlichen Zone frei bleiben für eine Gestaltung des Platzes oder gegebenenfalls für einen Autowendeplatz.*
- *Die Verlängerung der Öffnungszeiten der Velostation am Abend und die Öffnung auch am Wochenende sind anzustreben. Dass dazu geeignete Personen gefunden werden, sollte im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms kein ernsthaftes Problem darstellen.*
- *Die Umnutzung der Anlage Bahnhof West unten in eine kleine bewachte Velostation würde Sinn machen. Dadurch würden auch Velofahrer aus Uster Süd, denen der Weg unter den Geleisen durch zur bestehenden Velostation zu weit ist, eine bewachte Velostation nutzen können.*
- *Für die Optimale Nutzung der Veloanlagen ist auch eine regelmässige Kontrolle sowie Instandhaltungsarbeiten notwendig. Einen Ordnungsdienst einzurichten, sehe ich im Gegensatz zum Büro Enz und Partner schon eher als kurzfristige Massnahme. Solch ein Ordnungsdienst kann zusammen mit der bewachten Velostation oder mit den Bahnhofpaten angegangen werden.*
- *Es sollen genügend Abstellplätze für Spezialvelos bereitgestellt werden.*

*Mit dem Antrag sind unseres Erachtens die Forderungen aus dem Postulat erfüllt und wir von der GLP/EVP-Fraktion werden der Abschreibung des Postulats zustimmen. Wir wünschen aber, dass sich der Stadtrat für attraktive Abstellplätze einsetzt und die Massnahmen nicht auf die wenigen im Antrag enthaltenen Sofortmassnahmen beschränkt bleiben.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

**Stadtrat Thomas Kübler** zeigt sich erfreut über die Kreativität der Ideen betreffend der Möglichkeiten von Veloabstellplätzen. Aber fremde Grundstücke wie jene der SBB usw. dürfen natürlich nicht in die Überlegungen miteinbezogen werden. An Sofortmassnahmen ist man stetig dran. Die Ausdehnung von bewachten Velostationen ist eher schwierig aufgrund der Personalrekrutierung. Was die vielen Schrottvelos anbelangt, so handelt es sich hier um fremdes Eigentum und es ist nicht immer einfach, diese von noch gebrauchstauglichen Velos zu unterscheiden. Aber man ist an der Sache dran, diese hat auch mit der Investitionsplanung zu tun. Er ersucht den Gemeinderat, die Antwort so entgegenzunehmen und zu schauen, wie sich die Sache weiterentwickelt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 : 0 Stimmen**

**dem Bericht zuzustimmen und das Postulat Nr. 511 als erledigt abzuschreiben**

**8 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport – Strandbad  
Varianten zur Beckenaufhebung/-sanierung  
Ergänzung zum Antrag Nr. 357 vom 8. Dezember 2009 im Auftrag des  
Gemeinderates  
(Antrag Nr. 74A/2011)**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

*Die KBK hat den Antrag Nr. 74A an den Sitzungen vom 22. August und 12. September beraten. An der KBK-Sitzung vom 22. August 2011 standen Esther Rickenbacher (Stadträtin), Claude Hunold (Abteilungsleiter Gesundheit) und Daniel Brunner (Geschäftsfeldleiter Sport), der Kommission Red und Antwort.*

**Einführung**

*Wir erinnern uns. Vor rund 2 Jahren hat der Rat bereits einmal über das Strandbad debattiert. Der Stadtrat wollte aus der „Seebadi“ ein Strandbad machen, das heisst den Strand aufwerten und die Becken aufheben. Allerdings war der Widerstand im Rat gegen die Beckenaufhebung gross.*

*Der Rat wollte damals nicht endgültig entscheiden, sondern genaueres Zahlen-material zur Beckenaufhebung resp. Beckensanierung haben. Dieses liegt mit dem Antrag Nr. 74A vor. Bei diesem Antrag handelt es sich allerdings nicht um einen Kreditantrag. Ein solcher wird erst nach einem weiteren Entscheid des Gemeinderates erarbeitet.*

*In der Zwischenzeit hat der Stadtrat Gespräche mit der Bevölkerung geführt und gemerkt, dass eine Beckenaufhebung im Volk nicht gut ankäme. Gleichzeitig ist sich der Stadtrat bewusst, dass eine Investition von fast 10 Mio. ins Strandbad illusorisch ist in Anbetracht der anstehenden Grossprojekte wie Hallenbad, SH Krämeracker usw.*

*Der Stadtrat beantragt deshalb,*

- *die beiden bestehenden Becken im Strandbad zu sanieren,*
- *die PCB-Sanierung an die Hand zu nehmen*
- *die Umgebung und das Gebäude nur dort zu sanieren, wo es unbedingt nötig ist.*

*Das heisst gleichzeitig, dass*

- *die Uferaufwertung gemäss Stadtrat vorerst nicht umgesetzt werden soll.*
- *weiterhin ein Sanierungsbedarf der Gebäude usw. im Strandbad besteht*
- *es vorerst keine Attraktivitätssteigerung geben wird*

*Da im Antrag Nr. 74A für diese Stadtrat-Variante keine Zahlen vorliegen, hat uns Hr. Hunold vorgerechnet, dass man bei dieser Variante ganz grob mit rund 4,8 Mio. rechnen müsste. Weil es im heutigen Zeitpunkt nicht darum geht, einen Kredit zu genehmigen, sondern die Weichen zu stellen, damit später ein Kreditantrag ausgearbeitet werden kann, sollte der Rat mit dieser Grobschätzung leben können.*

### **Diskussion**

*Die KBK hat vor allem den oben skizzierten stadträtlichen Antrag diskutiert, auch wenn durchgeschimmert ist, dass gewisse Fraktionen die Sanierung des Strandbades in einem Aufwisch favorisieren würden.*

### **Abstimmung**

*Die Kommission Bildung und Kultur beantragt dem Gemeinderat*

- 1. einstimmig, dem Punkt 1 Dispositivs zuzustimmen*
- 2. mit 5 : 3 Stimmen, dem Punkt 2 des Dispositivs zuzustimmen, also den stadträtlichen Antrag zu unterstützen*
- 3. mit 7 : 1 Stimmen dem geänderten Antrag mit zuzustimmen.*

*Da der stadträtliche Antrag eine Mehrheit in der Kommission fand, entfiel die Abstimmung über die Eventualanträge.*

*Walter Meier, Gemeinderat*

Der Stadtrat wünscht zur Zeit nicht das Wort.

### **Claudia Wyssen**

*Geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Die SP-Fraktion begrüsst den vorliegenden Antrag, da der Gemeinderat damit nun die Möglichkeit erhält, genau zu sagen, was er eigentlich will.*

*Das Strandbad Uster ist das grösste Strandbad am Greifensee und bei der Bevölkerung von Uster und auch in der weiteren Umgebung sehr beliebt. Gemäss dem „Schweizer Schwimmbad Verzeichnis“ handelt es sich bei unserem Strandbad sogar um eines der schönsten Strandbäder im Kanton Zürich. Allerdings ist das Strandbad durchaus etwas in die Jahre gekommen und wir finden es sinnvoll, wenn insbesondere die Gebäude den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden würden.*

*Dass die Becken nicht aufgehoben werden sollen, hat sich seit das Thema Strandbad lanciert worden ist, deutlich gezeigt. Die beiden Becken werden von der Bevölkerung sehr geschätzt und auch rege genutzt und sollen aus Sicht der SP-Fraktion deshalb unbedingt weiter in der bestehenden Form erhalten und nun saniert werden.*

*Die vorgeschlagene Attraktivitätssteigerung erachten wir als unnötig und lehnen sie deshalb ab. Ebenso der Beckenzusammenschluss. Hier steht aus unserer Sicht der zusätzliche Gewinn in einem Missverhältnis zu den Kosten. Und die Notwendigkeit ist nicht zwingend gegeben.*

*Was die SP-Fraktion allerdings dringend begrüßen würde, wäre eine Uferaufwertung. Der jetzige Betoneinstieg ist nicht nur hässlich, sondern auch unpraktisch und gefährlich. Hier sehen wir nicht nur Handlungsbedarf, sondern auch ein riesiges Potenzial für unser Strandbad. Wir sind klar der Ansicht: Der Beton sollte weg!*

*Deshalb unterstützen wir Variante 3.4.*

*Besten Dank.*

*Claudia Wyssen, SP-Gemeinderätin*

### **Ruedi Gysi**

*SVP/EDU Fraktion*

*Referat zum Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport.*

*Varianten zur Beckenaufhebung/-sanierung*

*Ergänzung um Antrag Nr. 357 vom 8. Dezember 2009 im Auftrag des Gemeinderates*

*Der Gemeinderat hat im Februar 2010 beschlossen den Entscheid, die Becken im Strandbad aufzuheben, zu vertagen. Mit dem neuen Antrag des Stadtrates geht es nun um die Sanierung der beiden bestehenden Becken und gleichzeitig um einen möglichen Verzicht auf die Umgebungs- und Uferarbeiten.*

*Die SVP/EDU Fraktion unterstützt die stadträtliche Variante, denn für sie ist eine Aufhebung der bestehenden Becken kein Thema. Persönliche Umfragen bei Benützern des Strandbades haben klar aufgezeigt, dass die Becken bleiben müssen.*

*Klar ist, dass die in die Jahre gekommenen Becken saniert werden müssen um auch wieder dem neusten Stand zu entsprechen.*

*Eine Sanierung muss nicht unbedingt eine Luxusvariante sein und auch eine Attraktivitätssteigerung sollte in einem normalen Rahmen erfolgen.*

*Auch der einst so utopische Sandstrand darf im Strandbad keine Verwirklichung finden. Wir sind hier am Greifensee und nicht in der Karibik. Ein Strandbad soll zweckmässig sein, es soll allen Benützern gerecht werden. Es muss die Möglichkeit bestehen seine Badelust im See, aber auch in einem Becken auszuleben.*

*Aus diesem Grund unterstützt die SVP/EDU Fraktion die stadträtliche Variante und wird bei einer Ablehnung die weiteren Varianten nicht unterstützen.*

*26. September 2011, Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat*

### **Marianne Siegrist**

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Geschätzte Anwesende*

*Aufgrund der Reaktionen aus der Bevölkerung ist eine Aufhebung der Schwimmbecken im Strandbad Niederuster nicht umsetzbar. Deshalb ist der Vorschlag des Stadtrates, die beiden Becken zu sanieren bei weitestgehend möglichem Verzicht auf die Umgebungs- und Uferarbeiten vernünftig. Dieser Vorschlag entspricht unserer Devise, die Investitionen den finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt anzupassen und sorgfältig mit unseren Steuergeldern umzugehen.*

*Neben dem Ausbau und der Sanierung des Hallenbades sollen wir nicht gleichzeitig ein „Hochglanz“ Strandbad bauen! Wir begrüßen es, dass die Ufersanierung mit Sandstrand ebenfalls vom Tisch ist. Dass der Vorschlag des Stadtrates als einzige Variante nicht mit einer vollständigen Kostenschätzung versehen ist, ist ein Schönheitsfehler. Die Sanierung der beiden Becken ohne Attraktivitätssteigerung sowie ohne Beckenzusammenlegung wird gemäss Unterlagen auf 4.353 Mio. CHF geschätzt. In der Sachkommission wurde uns gesagt, dass ca. mit weiteren 0.5 Mio. CHF zu rechnen sei für minimale Umgebungsarbeiten. Wir erwarten deshalb keine höheren Kosten als die mündlich prognostizierten etwa 4.85 Mio. CHF!*

*Durch diese moderate Sanierung zu vertretbaren Kosten erhält unsere Wohnstadt am Wasser eine weitere Attraktivitätssteigerung, nämlich Planschen im Nichtschwimmerbecken, Schwimmen im Becken sowie Schwimmen und Wasserspringen im See.*

*Die FDP/JFU/CVP Fraktion wird der Stadträtlichen Variante 2 des Dispositivs zustimmen.*

*Wermatswil, 25. Sept.2011  
Marianne Siegrist FDP Gemeinderätin*

## **Markus Bürki**

*Sehr geehrter Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Es ist ein spannender Antrag. Sanieren? Aufheben? Mit oder ohne Attraktivitätssteigerung? Verzicht auf die Uferarbeiten? Was darf denn sein? Und was darf es denn kosten? Am liebsten natürlich drei Mal nichts aber doch mit der Attraktivitätssteigerung! Wer die Wahl hat der hat bekanntlich auch die Qual. Wir Grüne haben für uns die Rosinen herausgepickt:*

*Wir lehnen die stadträtliche Variante, die Sanierung der beiden Becken in ihrem jetzigen Zustand bei gleichzeitig weitestgehend möglichem Verzicht auf die Umgebungs- und Uferarbeiten, ab.  
(Punkt 2)*

*Wir stimmen dem Punkt 3.1, also der Aufhebung der Becken gemäss Antrag Stadtrat, zu.*

*Baden im See und im bald sanierten Minergie-Hallenbad sollte reichen.*

*Falls die stadträtliche Variante angenommen wird, dann stellen wir folgenden Antrag. Also ein Eventualantrag:*

*Wir verlangen, dass bei Annahme von Punkt zwei die Attraktivitätssteigerung mittels Warmwasseraufbereitung, zusätzlich in den Antrag gepackt wird. Begründung: Mit einer Warmwasseraufbereitung durch Sonnenkollektoren kann die Früh- und Spätsaison um einige Wochen verlängert werden, was der Stadt zusätzliche Einnahmen bringen würde. Die Früh- und Spätsaison ist eine Herausforderung. Mit einer Warmwasseraufbereitung kann der begegnet werden.*

*Wir Grünen lehnen also Punkt 2 ab und falls er trotzdem angenommen würde, dann stellen wir unseren Eventualantrag.*

*Für die Grünen*

*Markus Bürki*

**Walter Meier**

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Die GLP/EVP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen. Die Becken sollen mit möglichst wenig Aufwand saniert werden.*

*Wirklich zufrieden sind wir aber damit nicht. Aber es diejenige Variante, die im Moment am wenigsten Finanzen bindet. Der Sandstrand kann auch in ein paar Jahren noch verwirklicht werden, ebenso eine grosse Rutschbahn beim kleinen Becken und die Sanierung resp. Erneuerung der Gebäude.*

*Nach dem Ratsausflug nach Luzern sind wir aber doch ein bisschen neidisch. Denn obwohl Luzern nur etwas mehr als doppelt so viele Einwohner wie Uster hat, wird dort kräftig in die Infrastruktur investiert. Wäre die Seebadi nämlich in Luzern, würde das Becken nicht nur saniert, sondern auf mindestens 10 Meter Höhe neu gebaut – damit man beim Schwimmen den Bachtel sieht – und selbstverständlich beheizbar und alles selbstverständlich im Minderergie-Standard. Sandstrand ja oder nein wäre gar kein Thema, vielleicht noch ob es statt der Verpflegungsbude ein 3- oder 4-Sterne Hotel mit Restaurant geben soll. Das Restaurant würde auch die Badi-Gäste verpflegen und die Hotelgäste könnten selbst im Winter vor dem Einschlafen noch ein Bad im Hochbecken geniessen. Von den zwei Wohntürmen nebenan habe ich gar nichts gesagt.*

*Walter Meier, GR*

**Thomas Wüthrich** führt aus, dass die billigste Variante die Beckenaufhebung wäre und auf alles zu verzichten. Für ihn ist es eine Mogelpackung, die er heute vorgeschlagen kriegt. Wenn die Luxusvariante favorisiert wird, muss diese auch bezahlt werden und das der Bevölkerung gesagt werden. Dann ist eine Steuererhöhung auch in Betracht zu ziehen. Es sollten aber gleich lange Spiesse berücksichtigt werden bei den beiden Projekten Ausbau Hallenbad und Strandbad.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Der Vorsitzende erklärt das Abstimmungsprozedere. Es werden dagegen keine Stimmen laut.

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

3. Die vorliegende Ergänzung zum Antrag Nr. 357 des Stadtrates vom 8. Dezember 2009 betreffend Geschäftsfeld Sport, Positionierung der städtischen Badeanlagen «3-Bäder-Betrachtung» wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 : 11 Stimmen

4. Der stadträtlichen Variante, nämlich der Sanierung der beiden Becken in ihrem jetzigen Zustand bei gleichzeitig weitestgehend möglichem Verzicht auf die Umgebungs- und Uferarbeiten wird zugestimmt.

**Abstimmung über Eventualantrag Grüne:**

*„Wir verlangen, dass bei Annahme von Punkt zwei die Attraktivitätssteigerung mittels Warmwasseraufbereitung, zusätzlich in den Antrag gepackt wird.“*

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 16 Stimmen

Dieser Antrag wird angenommen.

**Schlussabstimmung über den geänderten Antrag:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 20 : 11 Stimmen

den geänderten Antrag anzunehmen.

**9 Antrag des Stadtrates betreffend Sportzentrum Buchholz  
Kunstrasenfeld ausserhalb Fussball- und Leichtathletikstadion  
Genehmigung der Bauabrechnung  
(Antrag Nr. 80/2011)**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabi Seiler**.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Anwesende*

*Antrag 80 Genehmigung Bauabrechnung Kunstrasenfeld ausserhalb Fussball- und Leichtathletikstadion über CHF 2'347'644.75*

*Die Bemerkung ausserhalb Fussball- und Leichtathletikstadion ist deshalb noch zu erwähnen, da dem GR bereits 2006 ein Antrag für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes unterbreitet wurde, seinerzeit mit 2 Varianten, einmal innerhalb und einmal ausserhalb Stadion. Dieser Antrag wurde zurückgewiesen mit dem Auftrag eine kostengünstigere Variante, ausserhalb Stadion zu rechnen. An der GR Sitzung vom 7.7.2008 wurde Antrag 218 mit einem Kredit von CHF 2,475 Mio durch den GR mit 29:0 gutgeheissen.*

*Baubeginn war am 18.11.2008, zwischen Dezember 08 und Mai 09 musst der Bau wetterbedingt gestoppt werden der Spielbetrieb konnte am 6.7.2009 aufgenommen werden. Der bewilligte Baukredit wurde mit CHF 127'355.25 unterschritten, zudem wurde Uster aus dem kantonalen Sportfonds, nach Einreichung der Schlussabrechnung, noch einen Beitrag von CHF 142'000 zugesprochen. Die Nettokosten für Uster belaufen sich somit auf CHF 2'205'644.75, zu bewilligen sind heute aber korrekterweise die Baukosten von CHF 2'347'644.75.*

*Die Belegkontrolle als Solches hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Alle Belege waren vorhanden, die Zahlungen nachvollziehbar. Die Kosten „Unvorhergesehenes“ umfasst folgende*

*Posten:*  
CHF 25'844.25                      *Mehrkosten Veloständer → anderer Typ als geplant gewählt*  
CHF 55'161.45                      *Kosten für zusätzliche Sickerleitungen + Schacht*

*Die Frage warum auch während dem Baustopp Zahlungen an die Firma Westrag erfolgt sind, wurde uns durch Herr Hunold wie folgt beantwortet: Mit der Firma Westrag AG wurden Aktontozahlungen auf fixierte Termin hin vereinbart, diese sind grundsätzlich unabhängig vom Baufortschritt zu bezahlen. Nach Rücksprache mit der Baufirma und aufgrund des effektiven Baufortschrittes konnten die Zahlungen terminlich etwas nach hinten verschoben werden, wurden aber effektiv während des Baustopps geleistet.*

*Die RPK hat die Bauabrechnung an Ihrer Sitzung vom 19.9.2011 einstimmig mit 8:0 gutgeheissen und empfiehlt dem GR die Abrechnung ebenfalls gutzuheissen.*

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

**Markus Bürki**

*Wir Grünen genehmigen die Bauabrechnung. Die erreichten Kosteneinsparungen konnten durch den Verzicht auf die Bewässerungsanlage und die Zuschauerrampe erwirkt werden.*

*Scheinbar weiss es die Wohnstadt am Wasser manchmal einfach besser als alle anderen. Wir in Uster brauchen diese Bewässerung nicht, alle anderen schon, wir nicht! Die Folge davon ist, dass die Leute sich die Beine verbrennen („dscheiche verbrönne“) und nun doch noch im Nachhinein die Bewässerung vorgenommen werden muss. Solche Aktionen sind ja eigentlich nicht nötig.*

**Stadträtin Esther Rickenbacher** ergreift das Wort. Sie führt aus, dass anlässlich des Projektes damals gesagt wurde, dass man bei Trockenheit mit Wasserschläuchen bewässern könne. Das funktioniert aber bei der Grösse der Fläche überhaupt nicht. Die Gemeinde Pfäffikon ist damals vor dem gleichen Problem gestanden und müssen nun auch nachträglich eine Bewässerungsanlage einbauen. Man steht in Uster in regem Austausch mit dem FC und dieser wäre aufgrund des Verletzungsrisikos sehr für eine Bewässerungsanlage. Im Budget 2012 ist diese nun in der Investitionsrechnung berücksichtigt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

- 1. Die Bauabrechnung betreffend Erstellung eines Kunstrasenfeldes ausserhalb des Fussball- und Leichtathletikstadions in der Sportanlage Buchholz im Betrag von Fr. 2 347 644.75 inkl. MWST, wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat nach erfolgter Beschlussfassung.**

Vor der Pause verliest der Vorsitzende einige Eckdaten zur Ratstätigkeit von den austretenden Mitgliedern Regula Trüb Murbach und Daniel Hunziker.

**10 Antrag des Stadtrates betreffend Betreutes Wohnen  
Heime der Stadt Uster - Krankenhaus (Pflegezentrum) Im Grund,  
Sanierung/Umbau sowie Erstellen eines Spitexzentrums  
Genehmigung der Bauabrechnung  
(Antrag Nr. 81/2011)**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen*

*Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, folgenden Beschluss zu fassen:*

- 1. Die Bauabrechnung betreffend Sanierung und den Umbau des Pflegezentrums „Im Grund“ und die Erstellung eines Spitexzentrums im Betrag von Fr. 20'060'035.97 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat (nach erfolgter Beschlussfassung)**

*Anlässlich der Volksabstimmung vom 21. Oktober 2007 wurde ein Gesamtbaukredit von Fr. 19'300'000 inkl. MWST mit grossem Mehr bewilligt.*

*Die Bauabrechnung der Firma Venzin + Fuchs Baumanagement AG weist Kosten von total*

*Fr. 20'060'035.97 aus, wobei hier die Subventionen und Fördergelder für den Minergie-Standard nicht berücksichtigt sind. Nach Abzug der Subventionen und Fördergelder hat die Stadt Uster Fr. **15'231'621.97** für den Bau ausgegeben.*

*Der Bau hat sich über mehrere Jahre hingezogen, die ersten Rechnungen wurden im Jahr 2005 verbucht, die letzten Ende 2010. In dieser Zeit ist etwas mehr als 10 % Bauteuerung aufgelaufen. Wird die Bauteuerung berücksichtigt, ergibt sich ein teuerungsbereinigter Kredit von total Fr. 20'979'365.27 und damit eine Kostenunterschreitung von Fr. 919'329.30, was rund 4,4 % entspricht. Die Baukommission hatte demnach die Kosten unter Kontrolle. Dafür wird den verantwortlichen Personen ein herzliches Danke ausgesprochen.*

*Aufgrund der Prüfung der Bauabrechnung stelle ich fest:*

- Die Bauabrechnung umfasst acht Ordner; 7 Ordner mit Belegen und 1 Ordner mit den Weisungen, Zusammenstellung der Kosten der Firma Venzin und Fuchs usw. Es steckt eine enorme Arbeit dahinter. Die Excel-Tabelle auf der alle Rechnungen aufgeführt sind, umfasst 15 Seiten.*
- Die Dokumentation ist sehr sauber und übersichtlich geführt.*
- Es fehlen 5 Belege (3 Belege fehlen ganz, aus 2 Belegen geht nicht das hervor, was gemäss der Abrechnung vorhanden sein müsste). Aufgrund anderer vorhandener Belege resp. aus der Kostenzusammenstellung können die Beträge jedoch nachvollzogen werden.*
- Teilweise sind die nur Schluss-Seiten der Rechnungen mit den Endbeträgen vorhanden. Damit können diese Rechnungen nur mangelhaft revidiert werden. Allerdings hat es zu jeder Rechnung ein Deckblatt der Bauleitung. Diese hat die Rechnungen kontrolliert und erst nach der Kontrolle zur Zahlung freigegeben. Teilweise wurden die Endbeträge auch korrigiert.*
- In den Unterlagen fehlen die Protokolle der Baukommission. Aus diesem Grund können die Gründe für die Projektänderungen nur beschränkt nachvollzogen werden. Die Beschriebe auf den Seiten 4 und 5 der Weisung des Stadtrates geben in knapper Form die Gründe wieder.*

- *Die Buchhaltungsausdrucke der Stadt ergeben ein Total von Fr. 20'019'919.48 als Ausgaben und Fr. 4'848'479.92 als Einnahmen. Das Einnahmen-Total stimmt mit der Bauabrechnung überein, bei den Ausgaben fehlen Fr. 40'116.49. Die Differenz begründet Markus Josi wie folgt: Bei der Konsolidierung der Jahresrechnung 2009 in die Städtische Buchhaltung wurden die Summen der aufgelaufenen Beträge Investitionen Umbauprojekt Heime im Grund nicht miteinander abgeglichen. Dies hatte zur Folge, dass in der Jahresrechnung 2009 unter „Heime – allgemeine Kleininvestitionen“ rund Fr. 40'000.— zu viel ausgewiesen wurden und entsprechend im Projekt „Umbau Heime Im Grund“ rund Fr. 40'000.— zu wenig. Gemäss Markus Josi hat den „Lead“ für die Bauabrechnung die Heimbuchhaltung und diese weist die Beträge korrekt aus. Den unterlaufenen Fehler erachtet Markus Josi als Nebensächlichkei.*

*Aus Sicht RPK ist die Buchhaltung der Stadt verbindlich. Über diese stimmt der Gemeinderat ab. Die Buchhaltung der Heime ist nie Gegenstand von Verhandlungen oder Diskussionen im Gemeinderat.*

*In der RPK wurden die grossen Abweichungen bei den BKP 2 und 5 diskutiert (mehr als 3 resp. 2 Mio. Franken). Die Begründungen auf Seite 4 des stadträtlichen Antrags sind aufgrund der Bauabrechnung der Firma Venzin Fuchs Baumanagement AG nachvollziehbar.*

*Die RPK hat zu dem der Baukommission für das gute Kostenmanagement ein grosses Lob ausgesprochen. Der Umbau und die Sanierung sind gut gelungen, aus der Bevölkerung gab es schon viele positive Echos.*

*Fazit: die Bauabrechnung ist in Ordnung und kann genehmigt werden. Die Fehlbuchung in der Abteilung Finanzen ist vielleicht eine Nebensache aber peinlich.*

*Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit zu 8 : 0 Stimmen, die Bauabrechnung „Sanierung und Umbau des Pflegezentrums im Grund“ gemäss Antrag 81 zu genehmigen.*

*W. Meier  
Gemeinderat*

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

### **Ivo Koller**

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
Geschätzte Anwesende*

*Die Bauabrechnung lässt aus unserer Sicht nur einen Schluss zu, die Abteilung Betreutes Wohnen hatte bei diesem Projekt die Kosten steht's im Griff. Dies wahrscheinlich auch darum, weil Veränderungen was die Kosten betrifft immer im Auge behalten und laufend überwacht wurden. Auch der Informationsaustausch mit der Baukommission erfolgte regelmässig, so das über das voraussichtliche Schlussergebnis jederzeit Klarheit bestand.*

*Unser Fazit: Ein gelungenes Projekt, welches den Heimen und der Spitex einen zeitgemässen Betrieb ermöglicht, findet mit der Bauabrechnung einen guten Abschluss.*

*Für die in der Pipeline stehenden Grossprojekte ist die Messlatte gesetzt und wird gleiches erwartet.*

*Unsere Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.*

*Besten Dank.  
Ivo Koller, Gemeinderat jungfreisinnige*

**Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Grundsätzlich dürfen sich die Steuerzahlenden und wir als Parlament freuen, dass bei der Sanierung des Pflegezentrums respektive beim Bau des Spitexzentrums der Baukredit um rund 900'000 Franken unterschritten wurde.*

*Doch, umso mehr ich vorhin sogar von der SVP gehört habe, dass Solaranlagen auf Usters Dächern sinnvoll sind, ist es sehr bedauerlich, dass angesichts der Minderkosten der Antrag der Grünen, den sie vor 5 Jahren gestellt hatten, vom Rat abgelehnt worden war. Der Antrag verlangte, dass die Solaranlage für Fr. 250'000,., die ursprünglich vorgesehen war, wieder in die Projektvorgabe aufgenommen werden soll. Im Licht der heutigen Abrechnung hätte diese Anlage locker finanziert werden können.*

*So haben es der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderates einmal mehr verpasst, nachhaltig in die Zukunft zu investieren und aus dem Pflege- und Spitexzentrum ein 100%iges Vorzeigeobjekt zu machen.*

*Schade!*

*Thomas Wüthrich  
Fraktionspräsident Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

- 1. Die Bauabrechnung betreffend Sanierung und den Umbau des Pflegezentrums „Im Grund“ und die Erstellung eines Spitexzentrums im Betrag von Fr. 20 060 035.97 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat nach erfolgter Beschlussfassung.**

**11 Antrag des Stadtrates betreffend Einzelinitiative Urs Tschanz "Trafostation Zeughausareal"  
(Antrag Nr. 94/2011)**

Der Vorsitzende erläutert das Vorgehen. Der Initiant Urs Tschanz hat einen Antrag auf Worterteilung gestellt. Gemäss § 138b GPR muss ein Viertel des Rates dem Begehren zustimmen.

Die *Rechtsgrundlagen* sind die folgenden:

§ 67 Abs. 2 VPR: "Für die Begründung von Einzel- und Behördeninitiativen im Kantonsrat gilt § 138 b GPR sinngemäss."

§ 138 Abs. 2 GPR: "Bei der materiellen Behandlung im Kantonsrat hat eine Vertretung des Initiativkomitees das Recht, die Initiative persönlich zu begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, falls ein entsprechendes Gesuch von mindestens einem Viertel der anwesenden Mitglieder des Kantonsrates unterstützt wird. "

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 21 : 6 Stimmen, dem Initiant das Wort zu erteilen.**

**Urs Tschanz** führt aus, dass er überrascht ist, dass die Einzelinitiative für ungültig erklärt werden soll. Von der finanziellen Kompetenz her darf der Gemeinderat darüber entscheiden; das grosse Provisorium würde Fr. 257'000 kosten. Weiter führt er aus, dass er just am Stadtfest erlebt hat, dass der Strom knapp sein kann bei solchen Veranstaltungen und dieser vom Pünt genommen werden musste, was nicht sehr günstig ist. Aus diesem Grund macht eine Trafostation Sinn. Was die Beheizung im Zeughaus anbelangt, so herrschen im Winter Innen-Temperaturen um die 15C, deshalb hat man wahrscheinlich „coole Typen“ als Mieter ausgewählt. Ein Gegenargument betrifft den Platz, er zeigt auf, wo es Platz für die Trafostation hätte (beim Brunnen). Ausserdem weist er auf das Argument des fehlenden Geldes darauf hin, dass er die Primarschule informiert habe, wo diese Fr. 200'000 einsparen könnte, die Primarschulpräsidentin aber dankend abgelehnt hätte.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Stadtrat nun die Trafostation nicht mehr haben möchte, nachdem er diese mit Fr. 100'000 im Budget 2010 eingestellt hatte.

Stadtrat verzichtet im Moment darauf, das Wort zu ergreifen.

**Balthasar Thalmann** stellt einen Rückweisungsantrag.

*Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Die SP-Fraktion stellt den Antrag, die Vorlage Nr. 94 betreffend Einzelinitiative Trafostation Zeughausareal an den Stadtrat zurückzuweisen. Die Mehrheit der SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Frage der Gültigkeit der Initiative nochmals überprüft werden muss.*

*Der Stadtrat begründet die Ungültigkeit der Initiative damit, dass sie sich auf den Voranschlag 2010 beziehe, dieser aber nicht referendums- und damit auch nicht initiativfähig ist. Diese Ansicht teilen wir nicht.*

*Wir sind der Auffassung, dass wir uns für die Frage der Gültigkeit eng an den Text halten müssen. Interpretationen über die Beweggründe und über politische Absichten des Initianten oder das Datum der Einreichung der Initiative kann bei der Gültigkeitsbeurteilung u.E. nicht erheblich sein.*

*Wir haben zu prüfen u.a. ob der Wille des Initianten erkennbar, rechtlich und tatsächlich umsetzbar ist. Aus diesem Blickwinkel lesen wir die Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung wie folgt:*

*Satz 1 lautet: „Für die Stromversorgung des Zeughausareals wird im Jahr 2010 eine Trafostation erstellt.“ Da ist klar: es soll eine Trafostation im 2010 erstellt werden. Die Jahresangabe für die Realisierung ist offensichtlich nicht realistisch, weshalb die Gültigkeit in diesem Punkt überprüft werden muss. Beim Rest dieses Satzes ist der Wille klar und die Umsetzung nicht von vornherein ausgeschlossen.*

*Satz 2 der Initiative lautet: „Der dazu notwendige Kredit wird zusätzlich zu den mit dem Voranschlag 2010 bewilligten Investitionen genehmigt.“ In diesem Satz kommt der Voranschlag 2010 vor. Der Voranschlag 2010 wird jedoch nur beigezogen, damit die Höhe des nötigen Kredits für die Erstellung der Trafostation ermittelt werden kann. Der Voranschlag ist also eine rechnerische Referenzgrösse. Nach meinem Sprachverständnis kann man aber nicht behaupten, der Voranschlag sei der eigentliche Gegenstand der Initiative. Die Initiative fordert also nichts anderes als einen Kredit zur Erstellung einer Trafostation auf dem Zeughausareal. Die Höhe des Kredits wird in Relation zu einem Gemeinderatsentscheid gestellt. Was hier ungültig sein soll, können wir nicht nachvollziehen.*

*Der Stadtrat hat sich nach Ansicht der Mehrheit der SP-Fraktion bei der Gültigkeitsfrage zu wenig an den Initiativtext gehalten und stattdessen schon politische Absichten reininterpretiert und zudem auch sehr spitzfindig argumentiert.*

*Wie erwähnt ist der erste Satz wegen dem Realisierungsjahr hinsichtlich der Gültigkeit zu klären. Dies kann zu einer Teilungsgültigkeitserklärung führen, ähnlich wie bei der Initiative zur Unterführung Winterthurerstrasse. Die SP-Fraktion möchte diese Frage nochmals abgeklärt haben und stellt deshalb den Rückweisungsantrag.*

*Wir danken ihnen für die Unterstützung.*

*Besten Dank.  
Balthasar Thalmann*

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** führt aus, dass der Stadtrat zu keiner anderen Lösung kommt. Den Zusammenhang von Budget und Eingang der Einzelinitiative kann am Datum gemessen werden. Im Budgetprozess hat der Gemeinderat das Geld für die Trafostation gestrichen. Am darauffolgenden Tag ist die Einzelinitiative eingegangen, das ist ein klarer Zusammenhang. Es geht nicht an, dass der Entscheid des Rates durch eine Hintertüre wieder umgeworfen wird.

#### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 22 : 9 Stimmen**

**der Rückweisungsantrag ist abgelehnt.**

### Allgemeine Diskussion über den stadträtlichen Antrag

**Wolfgang Harder** ergreift das Wort und stützt in seinem Votum die Meinung des Stadtrates. Man sollte sich eng an den Text halten und nicht im nächsten Absatz grosszügig interpretieren. Es heisst in der Einzelinitiative „im Jahr 2010“ und ist damit nicht einmal umsetzbar. Der Stadtpräsident hat es bereits ausgeführt, dass der Gemeinderat die Trafostation aus dem Budget gestrichen hat und dann von einer Einzelinitiative her wieder „hereinzukommen“, das kann es nicht sein. Es gibt genug Strom gemäss Bericht und knapp genügend ist genügend. Wir werden dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

### **Daniel Hunziker**

*Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Wir von den glp/EVP Fraktion haben uns seit Beginn für eine belebte Zwischennutzung des Zeughausareals stark gemacht. Leider hat unserer Ansicht nach lange ein koordiniertes Vorgehen für die Zwischennutzung des gesamten Areals gefehlt. Dies führte auch zu dem hier vorliegenden Antrag für die Trafostation. Gemäss Stadtrat ist heute knapp genügend Strom vorhanden. Wobei der sehr schöne Dachstock des Gebäudes K noch immer nicht genutzt werden kann. Vor diesem Hintergrund gesehen, fehlt es vermutlich also noch an Strom, will mindestens das Gebäude K vollständige genutzt werden können.*

*Die Antwort des Stadtrates enttäuscht, wird doch zuerst gross erläutert ob und warum die Initiative nun gültig oder nun eben nicht gültig sei. Dabei geht's es doch in der Initiative allein um die hoffentlich einheitliche Meinung, dass für die Zwischennutzung genügend Strom zur Verfügung stehen muss.*

*Da wir keine Stromspezialisten sind, sollten wir uns auf die Empfehlung der Energie Uster, bzw. des Stadtrates verlassen können. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag des Stadtrates folgen. Verlangen jedoch, dass jederzeit genügend Strom zur Verfügung stehen muss, dass das ganze Gebäude K inkl. Dachstock genutzt werden kann. Wenn dies zusätzlichen Strom nötig macht, soll der Stadtrat handeln und evtl. einen entsprechenden Antrag zuhanden des Gemeinderates stellen.*

*Daniel Hunziker*

*Gemeinderat*

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Was die Grünen schon vor eineinhalb Jahren befürchtet hatten, ist nun definitiv eingetreten: ein Hickhack darum, ob jetzt die Einzelinitiative gültig, teilungsgültig oder ganz ungültig ist.*

*In diese unerfreuliche Situation hat sich der Gemeinderat mit seiner Budgetkürzung Ende 2009 selber hineingeritten.*

*Denn das Anliegen an sich ist auch nach den neuesten Ausführungen des Stadtrates immer noch berechtigt. Oder würden Sie einem 15 Grad kalten Büro arbeiten wollen? – Kulturschaffenden wird dies, offenbar ohne mit der Wimper zu zucken, einfach zugemutet – ok, Kulturschaffende sind ja auch eine besondere Spezies.*

*Aber es geht hier nicht um Artenschutz, sondern darum, das Potential in der Zwischennutzung des Zeughausareals auch tatsächlich ausschöpfen zu können. Und darum erachten die Grünen eine mobile Trafostation auf dem Areal nach wie vor für gerechtfertigt.*

*Deshalb werden die Grünen sowohl den Antrag des Stadtrates unter Ziffer 1 ablehnen und damit die Initiative als gültig erklären*

*Und zweitens werden die Grünen auch den Eventualantrag des Stadtrates ablehnen und den Stadtrat damit beauftragen, im Budget 2012 die Errichtung einer mobilen Trafostation auf dem Zeughausareal vorzusehen.*

*Thomas Wüthrich  
Fraktionspräsident Grüne*

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** weist ergänzend noch darauf hin, dass der Stadtrat damals gesagt hat, dass wir den Strom aus dem Zeughaus wollen und die Finanzierung wurde aufgezeigt. Momentan reicht aber der Strom. Zu den Grünen führt er aus, dass sie falsch liegen in der Annahme, dass ein so grosses Gebäude mit Strom genügend beheizt werden kann. Wir wissen nicht, wie lange ein Provisorium da wäre bis zum Definitivum. Der Stadtrat zeigt sich nur konsequent, wenn er sich ablehnend verhält. Gegen den Willen des Rates nun etwas durchdrücken macht er nicht.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 21 : 7 Stimmen**

- 1. Die Einzelinitiative „Trafostation Zeughausareal“ wird für ungültig erklärt.**

**Damit entfällt der Eventualantrag gemäss Ziffer 2.**

## 12 Antrag des Stadtrates betreffend Tempo 30-Zonen (Antrag Nr. 95/2011)

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit und die Rechnungsprüfungskommission referiert **Stefan Kern**.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Das Volk von Uster hat am 8. Februar 2009 die „Genehmigung eines Rahmenkredits von CHF 2,15 Mio. für die Einführung von Tempo-30-Zonen flächendeckend in den Wohnquartieren“ mit 60 % abgelehnt. Aus diesem Grund hat der Stadtrat von Uster entschieden, die vorliegenden 4 Anträge zur Umwandlung von 6 verschiedenen Zonen in Tempo-30-Zonen dem Gemeinderat vorzulegen.*

*Es handelt sich dabei um folgende 6 Zonen:*

- *Quartier Sulzbach, welches aus 3 Zonen Su1 bis Su3 besteht*
- *Wührestrasse*
- *Wermatswil „Schule“*
- *Winikon*

*Obwohl die Kompetenz zur Bewilligung klar beim Stadtrat liegt, respektiert dieser damit den Entscheid des Volkes und will einem allfälligen Vorwurf der schrittweisen, flächendeckenden Einführung von Tempo 30 in Uster („Salamitaktik“) vermeiden.*

*Gemäss dem Antragsteller, spricht Stadtrat, handelt es sich bei den zu bewilligenden, 4 resp. 6 neuen Tempo-30-Zonen um Zonen bei Schulanlagen und Altersheimen, welche einer dringenden, verkehrssicherheitstechnischen Anpassung bedürfen. Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat die Bewilligung des Antrages Nr. 95.*

*Ferner beantragt der Stadtrat die Kenntnisnahme von weiteren 4 eingereichten Tempo-30-Zonen Gesuchen:*

- *Nänikon*
- *Wermatswil*
- *Talweg/Bordacker*
- *Feldhofstrasse*

*Inzwischen hat sich die Anzahl auf 5 Gesuche, total somit 9 Gesuche, zur Umwandlung in insgesamt neu 11 Tempo 30-Zonen erhöht.*

*Für eine nähere Prüfung solcher Gesuche bedarf es gemäss Stadtrat mind. 30 % Zustimmung bzw. Unterschriften aus den betreffenden Quartieren. Zum Beispiel fand Nänikon nur knapp Zustimmung, währenddem Wermatswil mit rund 80 % bei der Bevölkerung auf eine höhere Zustimmung stiess. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich bei den Anträgen Nänikon (= > Stationsstrasse), Wermatswil sowie die Feldhofstrasse um kommunale Sammelstrassen handelt. Diese kommunalen Sammelstrassen unterliegen nicht der Kompetenz des Stadtrates, sondern des Gemeinderates.*

*Die jeweils an die neu beantragten Tempo-30-Zonen angrenzenden Privatstrassen*

- *Tannisstrasse und Kat. –Nr. J466 in Sulzbach*
- *Richterackerstrasse in bei der Wührestrasse*
- *Morfweg in Winikon*

*werden nicht in diese neuen Tempo-30-Zonen integriert, da jeweils von allen privaten Eigentümern die Zustimmung vorliegen muss.*

*Zu den Kosten:*

- *Gemäss der Bauabteilung Uster, entstehen, basierend auf deren Erfahrung, keine zusätzlichen Unterhaltskosten mit der Umzonung in Tempo-30-Zonen.*
- *Die Kosten für die beantragte Umzonung der 4 resp. 6 Zonen kostet total CHF 328'356.--, was im Durchschnitt CHF 54'726.--pro Zone ergibt. Diese durchschnittlichen Kosten liegen ca. auf dem Niveau des ursprünglich beantragten Kredites von CHF 2,15 Mio., welcher die Umzonung von 40 Zonen beinhaltet (= durchschn. Kosten von CHF 53'750.--pro Zone).*
- *Die Signalisation der Tempo-30-Zonen vor oder nach Privatstrassen benötigt zusätzliche Signale und somit zusätzliche Kosten, welche nicht näher beziffert sind.*

***Ergänzende Anmerkung:***

- *Der bestehende und gültige Gemeinderatsbeschluss Nr. 174 vom 25.9.2000 sieht vor, dass bei Sanierung von Quartierstrassen diese „verkehrsberuhigt“ dem Standard von Tempo-30-Zonen anzupassen sind. Als Beispiel kann die erst vor kurzem abgeschlossene Sanierung der „Waldaustrasse“ in Nänikon zur Veranschaulichung beigezogen werden.*

*Die KöS hat dem Antrag mit 4 zu 3 Stimmen zugestimmt.*

*Die RPK hat dem Antrag mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt.*

*Für die Erklärungen und Erläuterungen danken wir herzlich den seinerzeit Anwesenden*

- *Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit*
- *Jörg Ganster, Abteilungsleiter Sicherheit*
- *Christian Kurt, Leitung Verkehrsprojekte*

*Nänikon, 26. September 2011*

*Stefan Kern*

*SVP Gemeinderat Uster*

**Stadtrat Hans Streit** ergreift das Wort. Der Öffentlichkeit mehr Verkehrssicherheit zu geben ist ein grosses Anliegen von uns. Die schwächeren Verkehrsteilnehmer gilt es zu schützen. Der klare Volksentscheid, dass flächendeckend nicht Tempo 30 erwünscht ist, hat uns sehr beeindruckt. Aus diesem Grund wollen wir die Sache dem Gemeinderat unterbreiten, obwohl wir die Kompetenz hätten, selber zu entscheiden. Sicherheit und Wohnqualität sind wichtig. Die ersten Zonen im Antrag beinhalten einen wichtigen Teil betreffend Verkehrssicherheit, sie haben Schulen und Heime in der unmittelbaren Umgebung.

**Wolfgang Harder** stellt einen Rückweisungsantrag

*Die FDP/JFU/CVP-Gemeinderatsfraktion Uster hat den Antrag des Stadtrates betreffend Tempo 30 Zonen wiederholt und intensiv diskutiert. Vorweg: Die Fraktion lehnt Tempo 30 Zonen nicht ab.*

*Aber:*

*Das Volk die Einführung flächendeckender Tempo 30 Zonen deutlich abgelehnt.*

*Aus der Bevölkerung sind als Folge die mit diesem Antrag zur Abstimmung gelangenden Tempo 30 Zonen eingereicht worden. Von der jeweiligen Quartierbevölkerung sind Vier weitere Zonen*

eingereicht worden, die dem GR zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ein weiterer Antrag ist offenbar ebenfalls beim Stadtrat eingereicht worden. Die Vorlage schweigt sich dazu aus.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, ihn zu ermächtigen (vorläufig) nur die vier Tempo-30 Zonen Sulzbach, Wührenstrasse, Wermatswil „Schule“ und Winikon umzusetzen. Der Antrag wird aus „demokratischen Überlegungen“ begründet. Künftig sollen dann alle Tempo 30 Zonen dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Es gilt dazu festzuhalten, dass die Einführung und Festlegung von Tempo 30 Zonen in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Der Stadtrat ist vollumfänglich demokratisch gewählt und legitimiert. Er braucht keine Ermächtigung.

Wer die Kompetenz für ein Sachgeschäft erhalten hat, soll diese auch ausüben. Das heisst: Der Stadtrat kann, darf und muss seine Kompetenzen wahrnehmen und ausüben. Es ist seine Aufgabe, über die einzelnen Tempo 30 Zonen zu befinden und zu entscheiden.

Selbstverständlich darf er den Gemeinderat um seine Meinung bitten, nicht aber mit einer solchen Vorlage um Ermächtigung, die

- a) nur knapp die Hälfte der bekannten Eingaben aus der Bevölkerung zum Entscheid vorlegt
- b) 4 weitere Zonen einfach zur Kenntnisnahme beinhaltet
- c) nicht vollständig ist (weil eine weitere aus der Bevölkerung gewünschte Zone fehlt)

Der Gemeinderat wird vor eine Situation gestellt, in der er formell für 4 Zonen seinen Segen erteilen soll, faktisch aber die Grundsatzfrage beantworten muss, ob weitere Tempo 30 Zonen eingeführt werden oder nicht. Der SR will mehr als man zur Abstimmung an den Gemeinderat gibt. Offenbar wird die Einführung von Tempo 30 Zonen vom Stadtrat als heisse Kartoffel angeschaut, an der man sich lieber nicht die Finger verbrennen will. Der Gemeinderat wird diese Aufgabe übernehmen, gerne sogar. Daran besteht kein Zweifel.

Die FDP/JFU/CVP Fraktion erwartet jedoch, dass ihr eine Vorlage unterbreitet wird, die alle bekannten Zonen beinhaltet. Eine Teilvorlage kann aus demokratischen Überlegungen nicht unterstützt werden, denn

- der Gemeinderat ist nach unserer Ansicht nicht das richtige Gremium, um die verlangten Einzelentscheide zu fällen. Der Stadtrat hingegen könnte garantieren, dass alle Gebiete nach einheitlichen Kriterien behandelt werden. Offensichtlich waren vor allem die ‚schönen Aussenwachten‘ schnell und gut organisiert.
- wenn dem Antrag 95 wie vorgelegt zugestimmt würde, muss der GR bei den folgenden Gesuchen wohl auch zustimmen. Aus demokratischen Gründen kann man bei den nächsten fast nicht mehr nein sagen

Es wird daher ein Rückweisungsantrag gestellt und der Stadtrat wird aufgefordert, wenn überhaupt dem Gemeinderat eine Vorlage mit allen bekannten Gesuchen aus der Bevölkerung vorzulegen. Es wird insbesondere gewünscht, dass sich der Stadtrat bei seiner Vorlage auf sicherheitsbedingte Anpassungen konzentriert, falls Anträge aus den Quartieren vorliegen. Tempo 30 sind nicht vornehmlich Komfortzonen, sondern Sicherheitszonen. Dies hat der Stadtrat bei allen eingereichten Vorstössen zu beachten. Dabei sollen gleich alle vorliegenden Anträge behandelt werden, also auch die bekannten Anträge aus der Bevölkerung.

Für wichtige kommunale Strassen ist ohnehin die Bewilligung des Gemeinderates einzuholen.

*Die FDP/JFU/CVP Fraktion lehnt Tempo 30 Zonen nicht ab, der vorliegende Antrag muss jedoch überarbeitet werden, wenn der Gemeinderat darüber abstimmen soll. Denn nur mit einer umfassenden Vorlage können die demokratischen Überlegungen des Stadtrates gestützt werden.*

#### Diskussion über den Rückweisungsantrag

Benno Scherrer erachtet es als schwierig auf diesen Rückweisungsantrag nun zu reagieren, nachdem heute Mittag vorab der Sitzung der Abänderungsantrag aus der gleichen Fraktion zugegangen war. Wie passt das zusammen? Er möchte aber vielmehr dem Stadtrat danken, dass er das Verbesserungspotential aufgezeigt hat. Im Kantonsrat ist übrigens beschlossen worden, dass im geschlossenen Siedlungsgebiet Begegnungszonen gefördert werden sollen. Aus dem Antrag ist ersichtlich, dass die Bevölkerung den Wunsch nach Tempo 30 hat, darum ist er irritiert über die Anträge seitens der FDP/CVP/JFU-Fraktion. Es hiesse nun den Volkswillen nicht beachten, wenn die Anwohner mit einem solchen Anliegen vorstossen.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsident)**

**Der Rückweisungsantrag wird unterstützt. Das Geschäft geht zurück an den Stadtrat.**

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 14. November 2011 statt.

Schluss der Sitzung

21.30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident  
Cla Famos

Datum

Die Stimmenzähler

Walter Meier

Simone Michel

Bruno Modolo